



Kapitalismus verstehen und überwinden

Das vorliegende Diskussionspapier wurde von der Projektgruppe »Kapitalismus verstehen und überwinden« der KAB Deutschlands erarbeitet. Daran beteiligt waren: Heinz Backes, Anne Basten, Helmut Gelhardt, Hans-Peter Greiner, Andris Gulbins, Christoph Holbein-Munske, Jonas Höpken, Ansgar Moenikes, Nicola Rosendahl, Günther Salz, Michael Schäfers, Uwe Temme.

Das Diskussionspapier ist keine Position der KAB Deutschlands. Es versteht sich als Aufruf zur verbandlichen Diskussion und zur kritischen Weiterentwicklung der Positionen der KAB-Deutschlands.

Impressum

Herausgeber: Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands e.V.
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
D - 50670 Köln
Phone: 0221 / 7722-0
E-Mail: info@kab.de
www.kab.de

Gliederung

Einleitung (Nicola Rosendahl, Michael Schäfers)	2
1. Sehen (Günther Salz)	4
1.1 Sehen I: Alltagserfahrungen im aktuellen Kapitalismus	4
1.1.1 Die Mehrfachkrise und ihre Wirkungen	4
1.1.2 Arbeitswelt und Wirtschaft	4
1.2 Sehen II: Struktur und Dynamik des modernen Kapitalismus	5
1.2.1 Historisch-strukturelle Voraussetzungen des Kapitalismus	5
1.2.2 Der Doppelcharakter der Arbeit und der Ware: Gebrauchswert und Tauschwert	6
1.2.3 Gesellschaft unter der abstrakten Herrschaft des Werts	7
1.2.4 Der Wert bei der Arbeit (Konkurrenz)	8
1.2.5 Der Selbstwiderspruch des Kapitals	9
2. Urteilen	10
2.1 Die Bibel: Ausbeutung und Klassengesellschaft und Versuche ihrer Über- windung (Ansgar Moenikes)	10
2.1.1 Macht, Herrschaft, Ausbeutung, soziale und wirtschaftliche Klassen- gegensätze und ihre Bekämpfung	10
2.1.2 Reichtum als Verbrechen, als Frevel und Gottlosigkeit	14
2.1.3 Fazit.....	16
2.2 Die Kapitalismuskritik von Papst Franziskus (Michael Schäfers)	17
3. Handeln.....	19
3.1 Tätigkeitsgesellschaft (Michael Schäfers).....	19
3.2 Die Sozial-ökologische Transformation und die Wirtschaftsdemokratie (Helmut Gelhardt)	22
3.2.1 Der Jetzt-Zustand und seine jüngste Vorgeschichte	22
3.2.2 Ein mögliches und sinnvoll erscheinendes Übergangsszenario	23
3.2.3 Ziel-Zustand: Demokratischer Ökosozialismus.....	25
3.3 Gemeinwohlökonomie (Heinz Backes)	28
3.3.1 Gemeinwohlmatrix und Gemeinwohlbilanz.....	28
3.3.2 Die Gemeinwohlökonomie – ein Schritt in ein nachhaltiges und gerechtes Wirtschaften?	29
3.4 »Commoning« – Wirtschaften jenseits der Tauschlogik (Nicola Rosendahl) 30	
3.4.1 Die Grundidee des Commoning	30
3.4.2 Der Weg zum »Commonismus«	31
3.5 Überlegungen und Anfragen zu den Alternativmodellen (Günther Salz).....	32

Einleitung (Nicola Rosendahl, Michael Schäfers)

Spätestens seit dem Beschluss »Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten« des 14. Bundesverbandstags der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Würzburg 2011 setzt sich die KAB kritisch mit der kapitalistischen Gesellschaftsform und der Frage nach einer sozial-ökologischen Transformation auseinander. Im Krefelder Beschluss 2017 wurde diese Auseinandersetzung weitergeführt und die Frage aufgeworfen, ob die kapitalistische Gesellschaftsform eine Zukunft haben darf.

Um hierauf eine fundierte Antwort zu erhalten, ist u. E. die Analyse der Kategorien Arbeit, Wert, Ware, Geld und Tausch und deren kritische Reflexion zentral und unverzichtbar. Für einen Verband von Arbeitnehmer*innen wie der KAB ist die Beschäftigung mit der Kategorie Arbeit dabei besonders relevant, aber auch mit besonderen Herausforderungen verbunden. Sowohl die Arbeiter*innenbewegung als auch die katholische Soziallehre haben sich immer wieder positiv auf die Arbeit bezogen. Diese Kämpfe um Anerkennung innerhalb des Kapitalismus waren und sind wichtig. Sie tragen aber auch zu einer Verallgemeinerung und Idealisierung von Warenproduktion und Arbeit bei. Die Tatsache, dass Arbeit im Kapitalismus nie selbstbestimmte Tätigkeit sein kann, gerät dabei leicht aus dem Blickfeld.¹

Wie schwer es ist, die positive Bezugnahme auf Arbeit einerseits und die Entfremdung der Arbeit im Kapitalismus andererseits zusammen zu denken und sich darüber auseinanderzusetzen, wurde in der Diskussion um den Beschluss »WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär« auf der 17. Bundesdelegiertenversammlung der KAB Deutschlands 2021 noch einmal sehr deutlich. Wenn wir aber nicht hinter unsere eigenen Erkenntnisse zurückfallen wollen, ist die grundsätzliche Analyse und Kritik im Horizont der Systemüberwindung weiterhin dringend notwendig. Es stellt sich daher die Frage, ob wir als KAB eine Gesellschaft anstreben wollen, die jenseits von Konkurrenz und ökonomischen Zwängen auf Kooperation und Solidarität aufbaut und ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes, naturschonendes Tun zur Gestaltung der gemeinsamen Lebensbedingungen aller Menschen möglich macht. Aus dem »Arbeiten und Leben in Würde und Solidarität«² im Selbstverständnis der KAB würde so ein »Leben und Tätigsein in Würde und Solidarität«.

Dies setzt eine offene, schonungslose und sicher oft auch schmerzhafteste Auseinandersetzung mit unseren eigenen Wurzeln und Grundlagen voraus. Dieses Diskussionspapier möchte hierzu einen Beitrag leisten und alle Menschen in der KAB einladen, mit uns in einen gemeinsamen Denk- und Diskussionsprozess einzutreten.

Das hier vorliegende Diskussionspapier gliedert sich in den Dreischritt von »Sehen – Urteilen – Handeln«.

Das »Sehen« teilt sich auf in einen ersten und einen zweiten Blick, nämlich in unsere Wahrnehmungen und alltäglichen Erfahrungen einerseits (»Sehen I«) und in die tiefergehende Analyse der Struktur und Dynamik des Kapitalismus andererseits (»Sehen II«).

Dieser untersuchend-analytische Teil (»Sehen«) wird anschließend akzentuiert durch die Bewertung von Ausbeutung und Klassengesellschaft und ihre Überwindung in der Bibel und durch die scharfe Kapitalismuskritik von Papst Franziskus (»Urteilen«).

Im Abschnitt »Handeln« werden vier verschiedene Handlungsoptionen für die Überwindung des Kapitalismus vorgestellt (3.1-4). Sie stellen unterschiedliche Herangehensweisen dar und spiegeln die grundlegenden Ambivalenzen und die Spannweite in der Auseinandersetzung um die

Frage der Überwindung des Kapitalismus wider. Solche gibt es auch in der Projektgruppe »Kapitalismus verstehen und überwinden«, die dieses Diskussionspapier erstellt hat. Diese Ambivalenzen und Spannungen wurden bewusst nicht geglättet, um so ein breites Spektrum der Diskussion zu eröffnen. Wir halten diese Meinungsvielfalt und Spannbreite für eine Bereicherung, wissen wir uns doch einig im Ziel, den menschenunwürdigen Kapitalismus zu überwinden. Über die Wege dahin werden wir weiter streiten müssen. Und das ist gut so. Denn wer ein falsches Denken und Handeln überwinden und soziale Gerechtigkeit und Freiheit für alle will, wird die Vorteile von Meinungsverschiedenheiten und einer fairen Auseinandersetzung nicht hoch genug einschätzen können. Dabei gilt der Ausspruch von Kurt Tucholsky: »Streitende sollten wissen, dass nie einer ganz recht hat und der andere ganz unrecht!«

Den Schritt »Handeln« abschließend (3.5) werden Anfragen an die Handlungsmodelle (3.1-4) formuliert, anhand derer die innerverbandliche Diskussion eröffnet und strukturiert werden kann. Dabei sollen insbesondere Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diesen Konzepten herausgearbeitet und auf ihre Tauglichkeit für eine Überwindung des Kapitalismus beurteilt werden. Auf diese Diskussion freuen wir uns sehr.

1. Sehen (Günther Salz)

1.1 Sehen I: Alltagserfahrungen im aktuellen Kapitalismus

1.1.1 Die Mehrfachkrise und ihre Wirkungen

Wer sich heute in Deutschland und der Welt umschaute, stellt fest, dass manches aus dem Lot geraten ist: Die Ungleichheit wächst ebenso wie der Niedriglohnsektor und die Armut: Familien, Flüchtlinge, Arbeitslose und Rentner stehen an den Tafeln an; Obdachlose und Alte wühlen in Abfallbehältern, im globalen Süden wächst der Hunger, und die Kehrseite all dessen ist der immer weiterwachsende Reichtum weniger Menschen. Die Krisen häufen sich, und sogar der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Zugleich verschärft sich die Klimakrise: Starkregen einerseits und Dürren andererseits, vermehrte Hitzesommer mit verheerenden Waldbränden hier und unerwartete Kälteeinbrüche anderswo. Artensterben und Vermüllung all überall. Und dazu anhaltende gesundheitliche Risiken durch Corona und ein ausgezehrt Personal in den Krankenhäusern.

Das alles macht Angst und schafft Unsicherheit: Angesichts erhöhter Inflation und steigender Energie- und Lebenshaltungskosten fragen sich viele: Werde ich die Wohnung heizen, meine Kinder ernähren und meinen eigenen Lebensunterhalt finanzieren können? Werde ich meinen Arbeitsplatz behalten können und gesund bleiben? Die Älteren bangen: Wird meine Rente reichen? Werden meine Enkel angesichts der schier unaufhaltsamen Erderwärmung noch ein gutes Leben haben? Flüchtlinge fragen: Werde ich in meine Heimat zurückkehren können?

1.1.2 Arbeitswelt und Wirtschaft

Trotz der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns leben viele Familien und Arbeitnehmer*innen an oder unterhalb der Armutsgrenze. Weder dieser Mindestlohn noch die Regelsätze der sozialen Grundsicherung reichen für ein würdiges Leben aus. Prekäre, ungesunde, schlecht bezahlte und unregelmäßige Arbeit ist weit verbreitet. Fast jeder vierte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor. Man denke dabei z. B. an Teilzeitbeschäftigten oder geringfügig Beschäftigten, an die Arbeiter in den meisten Schlachthöfen und an die Reinigungsfrauen in den Büros, aber auch an Pflege(hilfs)kräfte und Saisonarbeiter*innen auf den Feldern. Noch immer erhalten Frauen nicht den gleichen Lohn für gleiche Arbeit wie Männer.

In den Betrieben geht angesichts fortschreitender Digitalisierung und Automation, gebrochener Lieferketten und sprunghaft steigender Energiekosten die Angst vor Arbeitsplatzverlust um. Arbeitnehmer*innen werden zu Konkurrenten im Betrieb.

Die Betriebe wiederum konkurrieren mit anderen Betrieben. Das hat vermehrten Leistungsdruck und oft auch Krankheit zur Folge. Geraten die Unternehmen in wirtschaftliche Schieflagen, sind Arbeitnehmer*innen geneigt oder werden gedrängt, Lohneinbußen hinzunehmen oder unbezahlte Überstunden zu leisten. Damit unterwerfen sie sich notgedrungen der Wettbewerbs- und Standortlogik. Und gerade der Wettbewerb produziert Verlierer: Siehe z. B. die hiesige Solar- und Stahlindustrie, kleine Bauernhöfe und Handwerksbetriebe, besonders aber die Landwirtschaft im Süden der Erde.

Auf der *Konsumseite* erleben wir, dass Tonnen zu viel produzierter Lebensmittel weggeworfen oder in Müllverbrennungsanlagen vernichtet werden. In den Städten und Dörfern beobachten wir, dass die kleinen, alteingesessenen Einzelhandelsgeschäfte von der Bildfläche verschwinden

und 1 Euro-Läden, Handyshops oder Nagelstudios Platz machen. Der Online-Handel boomt auf Kosten der Umwelt und der gehetzten Auslieferer.

Bei allem gelten zwei *eherne Wirtschaftsprinzipien*: Profitmaximierung und Wachstum. Aus eingesetztem Geld soll mehr Geld werden. »Mehr, mehr, mehr« (Akkumulation) ist die Devise. Deshalb müssen die Menschen und die Natur bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit (und darüber hinaus) ausgebeutet werden³.

Dabei weiß die Menschheit spätestens seit 1972, als der Club of Rome den Bericht über »Die Grenzen des Wachstums« veröffentlichte, von der Endlichkeit natürlicher Ressourcen. Auch schwere ökonomische Krisen wie die Ölkrisen 1973 und 1980, das Platzen der Spekulationsblase 2002 und die große Wirtschafts- und Finanzkrise 2007ff., aber auch die Corona-Pandemie seit 2020 haben nicht dazu geführt, den Profit- und Wachstumsdrang zu hinterfragen, geschweige denn zu begrenzen.

Weiterführende Überlegungen: Wo soll das alles hinführen? Wie sind solche und weitere Fehlentwicklungen zu stoppen? Wie können wir die Krise der Arbeit und der Natur angemessen bearbeiten? Sollen wir nur die »Auswüchse« des Kapitalismus bekämpfen, oder müssen wir das ganze System verändern? Durch welche besseren Produktions- und Lebensweisen kann es ersetzt werden? Und vor allem: Wie und durch wen kann eine systemverändernde Transformation in die Wege geleitet werden?

1.2 Sehen II: Struktur und Dynamik des modernen Kapitalismus⁴

Wenn wir hierzu angemessene Antworten geben wollen, ist es notwendig, einen genaueren Blick auf die herrschenden Zustände zu werfen und nach den tieferliegenden Ursachen der angeführten Erscheinungen zu fragen. Deshalb skizzieren wir zunächst die Entstehung des Kapitalismus und den Prozess, in dem die Arbeit zu einer Ware wird. Sodann werden die Eigentümlichkeiten und Widersprüche von Ware und Arbeit im Kapitalismus und die Rolle des Geldes herausgearbeitet. Weiter wird gezeigt, wie die Vermittlung dieser drei Größen – Ware, Arbeit und Geld – zu einer besonderen Form gesellschaftlicher Herrschaft (»Wert«) führt⁵, die dem System zwar eine prekäre Stabilität verleiht, aber zugleich eine Dynamik erzeugt, die Arbeit und Natur zerstört und damit in die finale Krise des Kapitals treibt.

1.2.1 Historisch-strukturelle Voraussetzungen des Kapitalismus

Historische und strukturelle Voraussetzung für den Kapitalismus unserer Tage war die große gewaltförmige Enteignung der ursprünglichen Produzenten, der Bauern, Landleute und Handwerker, von ihren Produktionsmitteln im Zuge ihrer »Befreiung« von feudaler Abhängigkeit ab etwa dem 16. Jahrhundert (die bis heute andauert). Im Ergebnis stand einer kleinen Gruppe von Geld- und Produktionsmittel-Besitzern eine große Masse von eigentumslosen Proletariern gegenüber, die nur ihre nackte Arbeitskraft anbieten konnten. Arbeit war zur Ware geworden.

Ihr Status war und ist grundlegend prekär, da ihr Überleben jetzt zwar nicht mehr vom feudalen Grundherrschaften, dafür aber von gelingender Kapitalverwertung abhängt. Die Produktions-Mittelloosen leben aus der »Gnade« des Kapitals, das ihnen Arbeit »gibt«. Dieser Zustand ist strukturell unwürdig. Auch höhere Löhne oder ein Mindestlohn ändern prinzipiell nichts an der absoluten Armut der Lohnarbeit. Auch die modernen »Arbeitnehmer*innen« verfügen nicht über die Produktionsmittel. Daher können sie über das Was, das Wie und das Wozu der Produktion nicht

mitbestimmen oder gar selbst entscheiden. Als abhängig Beschäftigte unterliegen sie dem Weisungsrecht des »Arbeitgebers«, wodurch sie in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt sind.

Für das Kapital jedoch hat die Ware Arbeitskraft den unschätzbaren Vorteil, dass sie mehr Wert schafft, als sie über den Lohn zurückerhält. Denn das Kapital wendet die Arbeitskraft regelmäßig länger an, als sie zu ihrer Reproduktion während der »notwendigen Arbeitszeit« benötigt. Die dabei entstehende »Mehrarbeitszeit« eignet sich das Kapital kostenlos an. So findet Ausbeutung statt, ohne dass sie dem Arbeiter bzw. der Arbeiterin bewusst wird.

Mit dem Arbeitsvertrag geht der gesamte Gebrauchswert der Arbeitskraft (die Gesamtarbeitszeit) einschließlich des Mehrwerts (die Mehrarbeitszeit) an den Kapitalisten über und damit auch die Verfügung über den gesellschaftlich geschaffenen Reichtum. Auf diese Weise wird Reichtum ungleich verteilt und das Klassenverhältnis ständig erneuert. Die Macht des Kapitals wird auf Dauer gesetzt und verinnerlicht.

Die Ausbeutung der Arbeitskraft tritt grundsätzlich in zwei Formen auf: als absolute und relative Mehrwertproduktion. Absoluter Mehrwert wird durch Verlängerung des Gesamt-Arbeitstages bei möglichst geringen Löhnen erzeugt. Der relative Mehrwert entsteht durch vermehrten Einsatz von Maschinen, wodurch die Produktivität der Arbeitskraft wächst und damit der Mehrwert trotz eventueller Verkürzung des Arbeitstages und höherer Löhne steigen kann.

1.2.2 Der Doppelcharakter der Arbeit und der Ware: Gebrauchswert und Tauschwert

Wie verhält es sich nun mit dem Warenreichtum, den die menschliche Arbeitskraft erzeugt? Kennzeichen aller Waren im Kapitalismus ist ihr Doppelcharakter als Einheit von Gebrauchsgesamt und Wertträger, von Gebrauchswert und Tauschwert. Da auch die Arbeit im Kapitalismus zu einer Ware geworden ist, weist sie ebenfalls diesen Doppelcharakter auf. Marx definiert diesen so: »Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn, und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert. Alle Arbeit ist andererseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in besonderer zweckbestimmter Form, und in dieser Eigenschaft konkreter nützlicher Arbeit produziert sie Gebrauchswerte.«⁶

Und nur die abstrakte Seite dieser Doppelform macht es, dass die Arbeit mit anderen Waren vergleichbar ist. Denn es muss ein gemeinsames Drittes geben, wenn man ganz verschiedene Waren wie z. B. Bücher, Computer und Brötchen miteinander vergleichen bzw. ihren Tauschwert ermitteln will. Und dieses *gemeinsame Dritte ist die menschliche Arbeit*. Allerdings nicht in ihrer konkreten Form, denn der eine Arbeiter ist geschickter oder fleißiger als der andere, sondern nur in ihrer abstrakten Form, als gleiche menschliche Arbeit, als »Verausgabung von Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw.«⁷ Der Wert von Waren »stellt menschliche Arbeit schlechthin dar, Verausgabung menschlicher Arbeit überhaupt.«

In der Wertform verschwinden die besonderen Qualitäten menschlicher Arbeit: Anstrengung oder Mühsal, Arbeitsfreude oder Arbeitsleid, Geschick oder die Art des Produkts spielen hier keine Rolle, auch nicht, ob die Arbeit unter menschenwürdigen oder unwürdigen Umständen stattfindet. Alles wird reduziert auf »gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit«⁸. Diese *abstrakte Arbeit ist die Substanz des Werts* und damit *des Kapitals selbst*.

Die Wertform als Abstraktion von allem Sinnlichen und Leiblichen, als Abstrahieren vom Gebrauchswert und der konkreten Arbeit, die nur noch eine »Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit« übriglässt, ist ein ungeheurer Angriff auf alles Lebendige und Natürliche. Und wenn

Menschen als sinnliche Wesen und die Natur als stoffliche Grundlage ihres Lebens einem abstrakten Prinzip unterworfen werden, bleibt das nicht ohne Folgen für Mensch und Natur, für die Beziehungen der Menschen untereinander und gegenüber der Natur.

1.2.3 Gesellschaft unter der abstrakten Herrschaft des Werts

Welche Rolle spielt das Geld innerhalb der Wertform?

Weder die Ware als Wertding noch der Wert und seine Substanz, die abstrakte Arbeit, sind sinnlich fassbar. Aber im Austausch der Waren taucht der Wert in Form des Geldes als das abstrakt Gemeinsame der qualitativ höchst unterschiedlichen Waren auf. Denn der Wert als »gespenstische« Eigenschaft eines sozialen Verhältnisses benötigt einen selbständigen und erkennbaren Ausdruck – und den erhält er im Geld. Geld ist nicht bloß unschuldiges, neutrales Zahlungsmittel, sondern Ausdrucksform des Werts. Es ist notwendig, um den Wertcharakter der Waren auszudrücken, um die Waren umfassend als Werte aufeinander zu beziehen.

Dieser Zusammenhang führt zu einer *zentralen Wesensbestimmung* des modernen Kapitalismus: War das Geld in der vorkapitalistischen, eher nischenförmigen Warenproduktion noch Mittel zum Warentausch im Kreislauf Ware – Geld – Ware ($W - G - W$), so dient es im entwickelten Kapitalismus wesentlich der Vermehrung seiner selbst, zur Produktion von abstraktem Reichtum: Aus vorgelegtem Geld soll mittels Anwendung von menschlicher Arbeitskraft in Kombination mit Produktionsmitteln mehr Geld werden. Am Anfang und am Ende des Kreislaufs steht jetzt eine abstrakte Größe: Geld, wobei an dessen Ende ein höherer Betrag stehen soll ($G - W - G'$). Dieser ist dann wieder Ausgangspunkt eines neuen – möglichst kürzeren – Kreislaufs usw. Geld, so angewandt, wird zu Kapital, zu einem sich selbst verwertenden Wert – ein prinzipiell endloser Prozess mit einer inhärenten Wachstums- und Beschleunigungslogik.

Damit hat ein grundlegender *Wechsel der Zwecksetzung* der Produktionsweise stattgefunden. Im Kapitalismus geht es nicht eigentlich darum, mit Hilfe von Gebrauchsgütern menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern darum, eingesetztes Geld als Kapital zu vermehren – »Plusmacherei«, wie Marx sagt.

Im gleichen Zuge wurde die Herstellung von Gebrauchsgütern, also stofflichem Reichtum, ein Mittel zum Zweck der Kapitalvermehrung, ebenso wie die Anwendung von menschlicher Arbeitskraft. Im Kapitalismus ist *der Mensch Mittel* – und nicht Mittelpunkt. Und weil Kapital zur Hauptsache und der Mensch zur Nebensache wird, sind auch seine Produkte nur Gebrauchswerte, wenn sie als Träger von Tauschwerten dienen können. Indem sich der abstrakte Tauschwert des Gebrauchswerts bemächtigt, wird alles Sinnliche und Konkrete zu bloßem Abfall dieser Produktionsweise.

Diese Verkehrung von Zweck (Bedürfnisbefriedigung) und Mittel (Arbeit und Geld) begründet die Produktion eines entfesselten, selbstzweckhaft auf sich selbst bezogenen abstrakten Reichtums, der in der Form des Geldes gleichgültig gegenüber seinen Inhalten und deshalb gleichermaßen zerstörerisch wie ziellos ist.

Hier findet auch die *Macht der Kapitalisten*, die als Geldbesitzer unter Anwendung von menschlichen und sachlichen Produktionsmitteln mehr aus ihrem Geld machen wollen, ihre Grenzen. Indem sie sich unter die Logik des Kapitals stellen und ihre Profitinteressen verfolgen, arbeiten sie im Rahmen der vorausgesetzten Wertform und reproduzieren gleichzeitig die Verwertung des Werts. Nicht mehr die Kapitalisten – oder gar die Arbeiter*innen – sind die Subjekte der Handlung, sondern der Wert selbst. Dieser geht nach Marx⁹ »beständig aus der einen Form

(Ware) in die andre (Geld) über, ohne sich in dieser Bewegung zu verlieren, und verwandelt sich so in ein *automatisches Subjekt*.«¹⁰ Ein paradoxes »Subjekt«, das anscheinend aus sich selbst heraus agiert, dem aber die mit eigenem Willen und Zielen ausgestatteten Akteure, die zugleich dem Wert Unterworfenen, eben »Subjekte« sind, durch ihr ökonomisches Handeln Leben einhauchen.

Nicht nur die einzelnen Wirtschaftsakteure, sondern auch die übergeordnete Instanz des Staates sorgt für das Fortleben des automatischen Subjekts. Als »ideeller Gesamtkapitalist« hat der Staat die Widersprüche und Krisen der kapitalistischen Produktionsweise zu moderieren und für ununterbrochene Kapitalakkumulation zu sorgen. Da seine Wirkungsmöglichkeiten von gelingender Kapitalakkumulation abhängen, ist auch der Staat Teil der Wertform und kann diese nicht von sich aus überschreiten.

Unter dem Regime des Werts gibt es keine »Herren oder Herrinnen *des* Kapitalismus«, sondern allenfalls »Herren und Herrinnen *im* Kapitalismus«. Alle stehen unter dem Bann des »Automatischen Subjekts«, welches sie selbst hervorbringen. Sie tun es, aber sie wissen es nicht.

An dem fetischistischen Formprinzip Wert, das vielleicht dunkel geahnt, aber nicht gewusst wird, findet alle »*Interessenpolitik*« des Kapitals, der Arbeit oder des Staates ihre Grenzen. Diese Form der Herrschaft schließt Klassenherrschaft ein und geht gleichzeitig darüber hinaus. Eine Aufhebung *dieser* Herrschaftsform würde nicht nur die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln¹¹ verlangen, sondern auch die Überwindung der abstrakten Arbeit und der Wertform – ebenso wie der »*Abspaltungsform*«, die all das umfasst, was im männlich konnotierten »Wert« nicht vorkommt, eben »abgespalten« ist: Damit der Kreislauf von Arbeit, Ware und Geld, von Produktion, Verteilung und Konsum überhaupt funktioniert, braucht es eine weitere, stille Voraussetzung, nämlich die so genannte *Reproduktionsarbeit*. Mit diesem Begriff sind die zu meist den Frauen zugewiesenen und allgemein abgewerteten Familien-, Sorge- und Hausarbeiten gemeint. Für das Kapital sind das unproduktive Tätigkeiten, die jedoch unabdingbar dafür sind, dass Menschen sich bilden, arbeiten und Beziehungen eingehen können. Daher sind Produktion und Reproduktion aufeinander bezogen; sie weisen jedoch unterschiedliche Logiken auf: Während es in der Produktion um Zeitersparnis geht, ist die Reproduktion von Zeitverausgabung und Hingabe von Mensch zu Mensch geprägt.

Da Wert und Abspaltung gleich ursprünglich und bedeutsam und dabei dialektisch vermittelt sind, stellen beide zusammen erst das kapitalistische »Ganze« dar, das als gemeinsam bestimmendes Formprinzip überwunden werden muss.

Aber schon die selbstzerstörerische Eigenlogik des Werts stellt die Menschheit vor die Überlebensfrage. Das soll im Folgenden begründet werden.

1.2.4 Der Wert bei der Arbeit (Konkurrenz)

Die Zwänge des Wertgesetzes erscheinen gerade dann, wenn es darum geht, den in den Waren steckenden Mehrwert zu Geld zu machen, wenn also der Kreislauf von Geld – Ware – mehr Geld geschlossen werden soll. Das geschieht auf dem Markt. Erst dann entscheidet sich, ob die verausgabte Arbeit gesellschaftlich angenommen, d. h. für das Kapital produktiv wird, indem die Produkte verkauft werden. Hierbei werden aber nicht fertige Waren oder gar ihre Gebrauchswerte miteinander verglichen, sondern nur die in ihnen enthaltene abstrakte Arbeit, gemessen an der durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit.

Schafft es ein Kapitalist in der Konkurrenz mit anderen Kapitalisten, *unter* der durchschnittlichen Arbeitszeit zu bleiben, kann er einen Extra-Profit für sich einheimsen. Dafür muss er aber produktiver, also billiger und schneller sein als die anderen. Das geht nur mit den Methoden des relativen Mehrwerts, d. h. mit dem vermehrten Einsatz von arbeits- und zeitsparenden Maschinen. Da das aber alle machen müssen, entsteht ein ruinöser Wettbewerb um das gültige Produktivitätsniveau. Wer dieses nicht einhalten kann, wird unerbittlich aus dem Markt ausgeschieden – seien es einzelne Betriebe, Standorte, Nationen oder Weltregionen. Die bekannten Folgen sind: Aufgelassene Industriebrachen, Arbeitslosigkeit oder prekäre Arbeit, Armut, Hunger und Krankheit, verschuldete oder gar fallende Staaten, Plünderungsökonomien und kriegerische Konflikte sowie vermehrte Fluchtbewegungen.

Mit den Methoden des relativen Mehrwerts und erhöhter Produktivität verschärfen sich die Widersprüche zwischen konkret-stofflicher und abstrakt-wertmäßiger Reichtumsproduktion. Jetzt geht es dem Kapital an die Substanz, da immer mehr Arbeit aus der Produktion herausgenommen werden muss.

Das führt nicht nur zu verstärktem Druck auf die noch Beschäftigten in der »Realwirtschaft«, sondern auch zur Flucht des Kapitals auf die Finanzmärkte, um dort die Geldvermehrung weiter zu treiben. Nun soll Geld Geld hecken, ohne Umweg über die Wertproduktion durch Arbeit. Aber wenn die notwendige Verbindung zwischen Arbeit, Mehrwert und Geld immer dünner wird und schließlich reißt, kommt es unweigerlich zu Krisen, wie wir sie in der letzten weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2007ff. erlebt haben.

1.2.5 Der Selbstwiderspruch des Kapitals

Die diesen Erscheinungen zugrunde liegende Problematik hatte Karl Marx schon 1857/58 in seinen Grundrissen als »*prozessierenden Widerspruch*« erkannt: »Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch [dadurch], dass es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt.«¹² Mit anderen Worten: Das Kapital lebt von der abstrakten Arbeit als seiner Substanz, muss aber genau diese in wachsendem Maße abschaffen. Wenn nun im Zuge der dritten mikroelektronischen und der vierten industriellen Revolution (Industrie 4.0) insgesamt mehr produktive Arbeit wegfällt, als neu geschaffen wird, wird der logische Widerspruch historisch reif. Das Kapital stößt gleichzeitig an seine *innere (Wert-)Schranke* und an seine *äußere (Natur-)Schranke*.

Denn mit dem vermehrten Einsatz von Maschinen wird einerseits die Produktivität und damit der stoffliche Output gesteigert, andererseits aber die in den Waren enthaltene Mehrwertmasse verringert. Da es dem Kapital aber genau darauf ankommt, müssen noch mehr Waren erzeugt werden, um den Wertverlust auszugleichen. Das aber bedeutet verstärkter Ressourcenverbrauch und weiter gesteigerte Rationalisierung, was wiederum ein noch stärkeres Abschmelzen der Wertschubstanz zur Folge hat. Aus diesem Selbstwiderspruch kommt das Kapital nicht mehr heraus. Es verhält sich wie ein Mann, der in einen Sumpf gefallen ist und sich durch hektisches Strampeln wieder daraus befreien will. Gerade dadurch arbeitet er sich aber immer tiefer in den Sumpf hinein. Auf diese zwanghaft-verrückte Weise untergräbt das Kapital selbstzerstörerisch die Grundlagen allen Reichtums und allen Lebens. Damit aber das Ende des Kapitalismus nicht mit dem Ende der menschlichen Welt zusammenfällt, brauchen wir *Alternativen zum Kapitalismus*, die ihn als Ganzes überwinden.

2. Urteilen

2.1 Die Bibel: Ausbeutung und Klassengesellschaft und Versuche ihrer Überwindung (Ansgar Moenikes)

Ausbeutung, Unterdrückung und Sklaverei und ihre Überwindung sind das Ur- und Kernthema der jüdisch-christlichen Bibel, beginnend beim Grunddatum der Geschichte des biblischen Gottes mit seinem Volk in der »Großen Erzählung« Israels¹³: JHWH hat sich als Israels Gott erwiesen, indem er es aus der ägyptischen Sklaverei befreite. Die Befreiung Israels aus dem »Sklavenhaus« Ägypten durch JHWH ist das Fundament der biblischen Theologie, auf dem die gesamte biblische Tradition und Theologie und damit auch die jüdisch-christliche Tradition ruht (bzw. ruhen müsste). Das Wesen des biblischen Gottes als Befreier aus Unterdrückung und Sklaverei ist zugleich Programm der vorherrschenden biblischen Theologie mit dem Ziel einer freien, herrschafts-, unterdrückungs- und ausbeutungslosen egalitären Gesellschaft. Erreicht wird diese durch die Befolgung der in der Tora versammelten Gebote des Befreiergottes (mit dem Nächstenliebegebot als deren Quintessenz): Sie bewahrt die von JHWH geschenkte Befreiung aus Unterdrückung und Sklaverei bzw. stellt sie da, wo sie zerstört worden ist, wieder her und führt zu wahren Leben, zu Leben in Freiheit von Unterdrückung, Ausbeutung und Sklaverei in sozialer und wirtschaftlicher Egalität und damit zu »Leben« im Vollsinn des Wortes (Dtn 6,24; Ez 20,11.13.21 u. ö.). Durch die Universalisierung JHWHs in den späteren Schriften des AT wird JHWH zum Befreiergott und die Tora und die Bibel insgesamt zum »Lebens«-Programm *aller* Völker und Menschen, die sich ihm zuwenden, und Israel ist Zeuge vor den Völkern, dass JHWH der einzige, der eine wahre Gott ist (Jes 43,12; 55,5 u. ö.).

2.1.1 Macht, Herrschaft, Ausbeutung, soziale und wirtschaftliche Klassen-gegensätze und ihre Bekämpfung

Der sozial-egalitäre Impetus der biblischen Theologie¹⁴

Untrennbar mit der Ausbeutungsproblematik verbunden ist das Macht- und Herrschaftsproblem als deren Voraussetzung. Dem Wesen JHWHs als eines Gottes, der aus Versklavung, Unterdrückung und Ausbeutung rettet, entspricht die vorherrschende biblische Theologie mit ihrer starken Neigung zur Ablehnung von Macht und Herrschaft und zur sozialen und wirtschaftlichen Egalität, denn Ausbeutung setzt die Macht der Ausbeutenden und die Ohnmacht der Ausgebeuteten voraus (vgl. etwa Mi 2,1f).

Die politische Macht manifestierte sich in den Kulturen des Alten Vorderen Orients in erster Linie im Königtum. Das früheste Alte Israel hingegen war (außerhalb des Vaterhauses, der Großfamilie) eine sozial und wirtschaftlich egalitäre, herrschaftslose Gesellschaft und eben kein monarchischer Staat wie die anderen Gesellschaftsformationen des Alten Vorderen Orients. Die »Ältesten« und die charismatischen Rettergestalten verfügten nicht (wie ein König) über Sanktionsgewalt, mit der sie Steuern erheben, zum Militär- oder auch Frondienst ausheben u. s. w. konnten; ihnen wurde freiwillig Gefolgschaft geleistet, d. h. allein auf Grund ihrer Autorität.

Erst auf Grund verschiedener historischer Faktoren konnte sich das Königtum mit David um 1000 vC im ursprünglich herrschaftslosen, egalitären Israel als Fremdkörper etablieren, eine gesellschaftliche Oberschicht ausbilden und sich so (besonders ab dem 8. Jh.) eine Klassengesellschaft mit großen sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden entwickeln, welche aber immer begleitet wurde von massivem Widerstand gegen das Königtum und die gesellschaftliche

Oberschicht. Literarisch zeigt sich dieser Widerstand z. B. in 1 Sam 8,11-17: Hier lässt der biblische Autor Samuel die Israeliten vor der Einsetzung eines Königs warnen und prophezeien, dass sie Sklaven des Königs sein würden – eine für den übrigen Alten Vorderen Orient unvorstellbare, radikal negative Sichtweise auf das Königtum; in weiteren Textstellen verurteilt Samuel die Einrichtung des Königtums als Verwerfung des Königs JHWH (1 Sam 8–12, besonders in 8,7b; 10,19a; 12,12; vgl. Gideon in Ri 8,22f), während im übrigen Alten Vorderen Orient der König als vom obersten Gott eingesetzt, beauftragt und befähigt gilt; das Königsgesetz der Tora (Dtn 17,14-20) zeichnet den König nicht als von Gott beauftragten Herrscher über Beherrschte (Volk) wie im übrigen Alten Vorderen Orient, sondern als Bruder, dessen Herz sich nicht über seine »Brüder« (Volk) erheben soll (V. 20) und diese eben nicht in erneute Knechtschaft (»Ägypten«) führen soll (V. 16), und schreibt ihm keine Herrschaftsfunktionen zu, etwa die Gesetzgebung, die Sache JHWHs ist und nicht des Königs wie im übrigen Alten Vorderen Orient; Gen 1,26f; 9,6; Weish 2,23 (vgl. Ps 8,6) zufolge ist nicht der König Ebenbild Gottes wie in den anderen altorientalischen Kulturen (besonders Ägypten), sondern jeder Mensch; schließlich kritisieren und verurteilen biblische Propheten die einzelnen Könige und die gesellschaftliche Oberschicht insgesamt vor dem Hintergrund des Alten Vorderen Orients ungewöhnlich scharf.

Die Bekämpfung antiker Klassengesellschaft

Die in der gesamten Antike betriebene Kreditpraxis herrscht (besonders ab dem 8. Jh. vC) auch in den Königtümern Israel und Juda und den ihnen nach Verlust der Eigenstaatlichkeit folgenden Gesellschaftsformen und führt zusammen mit hoher Steuerverpflichtung und schlechten Ernten zur zunehmenden Überschuldung von Familien, zu ihrer Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Oberschicht, der sie Haus- und Grundbesitz verpfänden bzw. von ihr Land pachten und ihre Kinder (besonders die Töchter) in Schuldknechtschaft geben, bis sie schließlich sich selbst in Schuldklaverei begeben müssen. Solche wirtschaftlichen Vorgänge lassen sich nicht als »kapitalistisch« im modernen (Marxschen) Sinne bezeichnen: Hier handelt es sich nicht um Einsatz von Kapital zum Abschöpfen eines Mehrwerts durch Ausbeutung von Arbeitskraft (nach dem Muster $G - W - G'$) und um Wiedereinsatz des Mehrwerts zur Kapitalvermehrung (solches geschieht erstmals im England des 17. Jh. nC); außerdem verfügen die ausgebeuteten Bauern noch selbst über die Produktionsmittel. Wir können hier aber (besonders ab dem 8. Jh. vC) von einer frühen Form einer Klassengesellschaft mit der Klasse der Ausbeuter und der der Ausgebeuteten sprechen insofern, als (an der Stelle des Kapitals im neuzeitlichen Kapitalismus stehender) wirtschaftlicher Reichtum es ermöglicht, ärmere Bevölkerungsschichten durch Kreditvergabe, Verzinsung, Verpachtung von Land und Pfändung regelrecht auszuplündern mit der Folge des Wachstums des Reichtums einer kleinen Oberschicht auf der einen Seite gegenüber der zunehmenden Verarmung großer Bevölkerungsgruppen auf der anderen.

Gegen diese Missstände, gegen diese sozialen und wirtschaftlichen Klassengegensätze wendet sich die Bibel. So knüpft besonders das letzte Buch der Tora, das Deuteronomium, wie die vorherrschende Theologie der Tora und des AT insgesamt mit dem Ideal der »Brüderlichkeit«, der »Geschwisterlichkeit«¹⁵, »an die vorstaatliche Stammesgesellschaft Israel an, die durch Verwandtschaftsstrukturen und ein hohes Egalitätsbewusstsein zusammengehalten wurde. Der Skandal der Klassenbildung, der mit der Monarchie entstanden ist, wird deshalb beim König angegangen [Dtn 17,14-20]. ... Darüber hinaus entwirft das Dtn anstelle eines hierarchisch aufgebauten Staates einen gewaltenteiligen. Auf dem Weg über die Bruderbeziehungen heben die Ämtergesetze jede Distanz zwischen oben und unten auf« (16,18–18,22: 17,15.20; 18,7.15).

Die Tora und das AT insgesamt suchen, (Schuld-) Knechtschaft, Sklaverei und Ausbeutung zurückzudrängen bzw. zu verhindern. Dazu nur einige Beispiele: Sie verbieten – gegen gemeinorientalisches Recht – die Zinsnahme und schränken die Pfandnahme ein, verfügen den Schuldenerlass und die Freilassung aus Schuldknechtschaft in jedem siebten Jahr, dem »Erlassjahr« (Ex 21,2ff; 22,20-26; Lev 25,35-38; Dtn 15,1-11; 15,12-18; 23,20; 24,6.10-13 u. a.). Nach Dtn 23,16f sollen entlaufene Sklaven oder Sklavinnen nicht an ihre Herrschaft ausgeliefert werden, sondern es soll ihnen ein Ansiedlungsrecht am Zufluchtsort gewährt werden – ein in der gesamten Antike einmaliges Gesetz. Und das Buch Jesus-Sirach ermahnt dazu, das mögliche Freiwerden eines Sklaven nicht zu verhindern. Entsprechendes gilt für den Verlust des Grundbesitzes auf Grund von Überschuldung: Lev 25 verfügt die Möglichkeit der Wiedereinlösung von »Grund und Boden«; falls diese dem ehemaligen Besitzer nicht möglich ist, soll in jedem fünfzigsten Jahr, im »Jobeljahr«, das Land an den ehemaligen Besitzer (bzw. an dessen Nachkommen) zurückfallen. Diesem Jubeljahr kommt eine besondere Bedeutung als Jahr der Befreiung zu: »Heiligt das fünfzigste Jahr und verkündet Freilassung/Erlass [דורר *d^erôr*] im Lande für all seine Bewohner!« (V. 10a) Auf diese Forderung rekurriert Jesus in Lk 4,18f, wo er (in Anlehnung an Jes 61,1f) verkündet, dass er von Gott gesandt ist, »den Armen frohe Botschaft zu bringen, den Gefangenen Befreiung zu verkünden ..., Bedrückte in Freiheit zu entlassen und auszurufen ein Gnadenjahr des Herrn.« Und JHWH selbst ist Anwalt und Retter der Armen (Ex 22,26; Ps 9,19; 12,6; 35,10; 68,6f; 69,30.33f; 82 u. ö.).

Damit korrespondieren die Verbote, Arme auszubeuten und zu unterdrücken, z. B., wie oben gesehen, durch (Pacht-)Zinsnahme oder rücksichtslose Pfandnahme. In diesem Geist verurteilen die Propheten immer wieder die Versklavung durch wirtschaftliche Unterdrückung und Ausplünderung der Armen und Ausnutzung ihrer Notsituation, auch wenn diese angeprangerte Ausbeutung nach gemeinorientalischem Verständnis – aber eben nicht nach dem der Tora! – legitim ist. Zur Illustration sei eines von vielen Beispielen genannt: Amos 5,7.11. Obwohl das Nehmen von Getreidepacht, auch von Armen, nach gemeinorientalischer Rechtsauffassung völlig rechtmäßig ist¹⁶, klagt der Prophet in V. 11a die Reichen an, von den Armen (die ihr Land durch Überschuldung verloren haben) Getreidepacht zu erheben und Getreideabgaben zu nehmen und auf diese Weise ihren Reichtum zu vermehren (V. 11b). Dies können sie nur, weil sie reich sind und übermäßig viel Land besitzen, während ihre Pächter gar kein Land (mehr) besitzen und gezwungen sind, von den Reichen Land zu pachten. Auf diese Weise vermehren die Reichen ihren Reichtum, während die Armen weiter verarmen. Dadurch, so V. 7, »verkehren sie [die Reichen] in Bitterkeit das Recht, und die Gerechtigkeit [צדקה *dāqāh*] treten sie zu Boden.«

Vielleicht noch deutlicher ist Jes 5,8: Hier werden wieder die Reichen angeklagt, weil sie »Haus an Haus reihen und Feld an Feld fügen« und damit Reichtum anhäufen. Nach gemeinorientalischer wie auch später nach hellenistisch-römischer und ebenso heutiger moderner Rechtsauffassung und Moral ist es nichts Schlechtes oder Unrechtmäßiges, Reichtum, Häuser und Felder zu erwerben – außer, sie werden »unrechtmäßig« erworben, etwa durch Ermordung des früheren rechtmäßigen Besitzers. Von solchem Besitzerwerb ist hier aber nicht die Rede; allein die Tatsache, dass jemand Reichtum erwirbt, wird verurteilt. Wie in Abschnitt 2.1.2 noch deutlicher werden wird, wird in der Bibel allein der Erwerb von Reichtum als unmoralisch, weil auf Ausbeutung anderer gründend verstanden. Dies deutet sich auch hier an: Die Anhäufung von Häuser- und Bodenbesitz führt schließlich dahin, dass »kein Raum mehr da ist und ihr [die Reichen] allein im Land wohnt«; dies impliziert, dass die Reichen die Häuser und das Land der Armen an sich bringen.

Die Einsicht, dass der Erwerb von Reichtum bei gleichzeitiger Existenz von Armut auf Ausbeutung beruht, bestätigen Stellen wie etwa Ps 62,11: Hier wird in einem synonymen Parallelismus Bedrückung und Raub mit wachsendem Reichtum (hier: חַיִל *hayil*) gleichgesetzt. Auch die überaus häufige Gegenüberstellung der Bedrücker und Ausbeuter, der Reichen, auf der einen Seite und der Armen und Schwachen auf der anderen deutet auf das Verständnis von Reichtum bei gleichzeitiger Armut als auf Ausbeutung beruhend.

Insgesamt ist zu sehen: Die vorherrschende Theologie des AT ist eine Theologie der Befreiung und der Solidarität und der sozialen und wirtschaftlichen Egalität und wendet sich gegen die Ausbeutung der Armen durch die Reichen, die als Reiche die wirtschaftliche Macht dazu haben und sie nutzen, um ihren Reichtum auf Kosten der Armen weiter zu vermehren. Bei dieser vom AT bekämpften Ausbeutung handelt es sich nicht, wie oben bereits festgestellt, um »Kapitalismus« im modernen (Marxschen) Sinne, sondern um eine frühe Form einer Klassengesellschaft mit der Klasse der Ausbeuter und der der Ausgebeuteten insofern, als (an der Stelle des Kapitals im neuzeitlichen Kapitalismus stehender) wirtschaftlicher Reichtum es ermöglicht, ärmere Bevölkerungsschichten auszubeuten mit der Folge des Wachstums des Reichtums einer kleinen Oberschicht auf der einen Seite gegenüber der zunehmenden Verarmung großer Bevölkerungsgruppen auf der anderen.

Die hier vorgestellte Theologie der Befreiung und der sozialen und wirtschaftlichen Egalität im AT setzt sich im Neuen Testament (NT) fort. Viele neutestamentliche Texte stehen in Opposition zum das Besitzrecht sichernden römisch-hellenistischen Wirtschaftsrecht. »Grundlage dafür bildet die bestehende Bindung an die Tora. Mt 25,36 spricht von der Zuwendung zu denen, die gefangen sind und denen das letzte Hemd genommen wurde, Opfern des antiken Schuldrechts (Mt 5,40: Pfändung der Kleidung; 5,25: Schuldhafte). Auf der Basis der Tora (Mt 5,17; 22,37ff.) wird im Matthäusevangelium ein Handeln gefordert, das sich gerade den Opfern des römisch-hellenistischen Rechts zuwendet.« Ähnlich verbietet Lk 6,30-38 das Zinsnehmen. Und Mt 6,12 spricht im Vaterunser-Gebet (V. 9-13) »von einer Aufhebung von Schuldverhältnissen durch den Kreditgeber.« In dieser Stelle wird sogar das Erlassen von wirtschaftlichen Schulden mit der Vergabung moralischer Schuld durch Gott, den Vater, in Verbindung gebracht: So wie »wir« »unseren« Schuldnern die Schulden erlassen, so möge »uns« Gott »unsere« Schuld erlassen. »Das Gebot der Nächstenliebe [...], die Zusammenfassung der Tora, findet [so] eine wichtige Konkretion in der Parteinahme für die, die im antiken Wirtschaftssystem zu kurz kommen.« Dies geht so weit, dass das antike Wirtschaftsrecht illegal und subversiv unterlaufen wird. So wird in Lk 16,1-8 ein Verwalter, der Schuldurkunden seines Herrn, des Gläubigers, zugunsten der Schuldner fälscht, positiv dargestellt. »Die Nachfolgemeinschaft soll sich den Folgen des antiken Schuldrechts entgegenstellen. Römisch-hellenistische Rechtstraditionen haben dabei keine bindende Wirkung. Allein das parteiische Recht der Tora weist dem Handeln die Richtung.«¹⁷

Einen zentralen Aspekt der Ausbeutung stellt in der Bibel, wie bereits angeklungen, das Land dar. In den agrarischen Gesellschaften des Alten Orients wie Israel nahmen im wesentlichen Grund und Boden die Rolle dessen ein, was wir heute »Produktionsmittel« nennen. Die Tora legt fest, dass Grund und Boden letztlich allein Gottes, JHWHs Eigentum ist und Israel nur Besitzer, d. h. Nutznießer des Landes, das ihm von JHWH als »Erbbesitz« zur Nutznießung zugeteilt ist. Daher darf auch Land nicht endgültig, für immer, verkauft werden (Lev 25,23). Diese biblische Landtheologie bildet den Ausgangspunkt für die scharfe prophetische Kritik am Landraub durch die gesellschaftliche Oberschicht (Jes 5,8-10; Mi 2,1-5 u. a.). Die Zerstörung des alten biblischen Bodenrechts wird den Propheten zufolge mit dem kommenden Verlust des ganzen Landes

(Untergang des Nordreichs Israel, Babylonisches Exil Judas) bestraft, ebenso wie die Unterdrückung der Armen überhaupt bestraft werden wird (Jer 5,26-29 u. ö.).

Zum biblischen Bodenrecht gehört auch die Bestimmung des Schabbätjahres (Ex 23,10f; Lev 25,2-7): Das Land darf in jedem siebten Jahr nicht bestellt und abgeerntet werden »für JHWH« (Lev 25,4), das Land soll dadurch die zur Regeneration notwendige »Ruhe« erfahren (V. 4f), und die Armen sollen sich dann davon ernähren (Ex 23,11). Sie bringt zum Ausdruck, dass der Boden keine Ware ist, und wendet sich gegen die Auffassung, das Land sei den Menschen zur beliebigen Verfügung freigegeben, und widerspricht – ähnlich wie z. B. auch das Schabbät(Ruhetags)-Gebot für den arbeitenden Menschen – der ökonomischen Verwertbarkeit und Effizienz (hier des Landes) als alleinigem Maßstab; das Land ist vielmehr nach der Weisung JHWHs zu nutzen: in sozialer und ökologischer Verantwortung.

Es zeigt sich also: Es gibt in der Bibel kein uneingeschränktes Eigentumsrecht, sondern nur ein Erbesitzrecht: Das Land ist allein JHWHs Eigentum, und JHWH überträgt es den Israeliten als Erbesitz zur Nutzung. JHWHs Gesetze, die das Thema Erbesitz und Eigentum betreffen, bestimmen, dass die Menschen ihren Erbesitz in sozialer und ökologischer Verantwortung zu nutzen haben.

Diese biblische Sichtweise auf das Land erinnert stark an Karl Marx, wenn er konstatiert: »Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmückt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.«¹⁸

2.1.2 Reichtum als Verbrechen, als Frevel und Gottlosigkeit

Der biblische sozial- und wirtschaftlich-egalitäre Geist spiegelt sich insbesondere in der moraltheologischen Beurteilung von Besitzverhältnissen in der Bibel, wie sie bereits in Abschnitt 1. angeklungen ist. Häufig findet sich in der Bibel eine sehr kritische Haltung zum Reichtum. Genauerhin verurteilt die Bibel Reichtum, der Armut als Kehrseite der Medaille hat: relativen Reichtum¹⁹, wie er etwa in der Beispielerzählung vom reichen Prasser und dem armen Lazarus, Lk 16,19-31, zutage tritt. Lazarus wäre schon froh gewesen, wenn er nur das, was vom Tisch des Reichen fiel, hätte bekommen können, um seinen Hunger zu stillen. Als Lazarus stirbt, wird er von den Engeln in Abrahams Schoß getragen, der Reiche aber gelangt nach seinem Tod in den Hades, in das Totenreich, wo er furchtbaren Qualen ausgesetzt ist. Hier (wie in vielen anderen Stellen) wird deutlich, dass Reichtum angesichts gleichzeitig existierender Armut als Übel angesehen wird, dessentwegen der Reiche nach seinem Tod bestraft wird, während der Arme belohnt und getröstet wird.

Am Ende der Beispielerzählung (V. 27-31) wird deutlich gemacht, dass diese Sichtweise auch die des »Mose [gilt der Tradition als Verfasser der Tora] und der Propheten«, also des AT ist: Wie selbstverständlich gilt, dass Mose und die Propheten alles zur moralischen Verwerflichkeit des relativen Reichtums gesagt haben; wenn die Brüder des verstorbenen Reichen die heiligen Schriften (das AT) nur läsen bzw. auf sie hörten, wüssten sie, dass relativer Reichtum unmoralisch ist und furchtbar bestraft wird, und änderten ihre Lebensführung. Und eine solche Bewertung von Reichtum und Reichen ist tatsächlich charakteristisch auch für das AT. So werden hier die Begriffe עשיר (*āšīr* »reich/Reicher« einerseits und רשע *rāšā'* »gottlos/ frevlerisch/ verbrechen-

erisch/ Gottloser/ Frevler/ Verbrecher« und andere solcher Begriffe andererseits häufig synonym benutzt. Im vierten Gottesknechtlied (Jes 52,13–53,12) etwa heißt es über den ungerecht leidenden Gottesknecht in einem synonymen *parallelismus membrorum* (= in parallelem Verhältnis zueinander stehende synonyme Verszeilen, Glieder, »Kola«): »Bei Verbrechern/Frevlern/Gottlosen gab man ihm sein Grab und bei Reichen seine Gruft.«

Relativer Reichtum ist demnach gottlos, frevlerisch und verbrecherisch.

Ebenso deutlich wie das vierte Gottesknechtlied ist im NT etwa Mk 10,25: »Leichter geht ein Kamel durch ein Nadelöhr als ein Reicher in das Reich Gottes.« Damit kommentiert Jesus seine Forderung an den Mann, der fragt, was er noch tun kann, um ewiges Leben zu erlangen: nämlich seinen reichen Besitz zu verkaufen und den Armen zu geben (V. 17-22).

Ein weiteres Beispiel ist die Gegenüberstellung der Armen, die Jesus als »selig« (*μακάριοι makáριοi*) tituliert und denen er das Gottesreich zuspricht, und der Reichen, denen er mit einem »Wehe!« droht, weil sie ihren »Trost bereits empfangen« haben (Lk 6,20.24).

In diesen und vielen anderen Texten und Textstellen im NT begegnen wir wieder einer Wirtschaftsmoral, die auf der Basis der Bindung an die Tora gegen das das Besitzrecht sichernde römisch-hellenistische Wirtschaftsrecht gerichtet ist und ein Handeln fordert, das sich den Opfern dieses Rechts, den Armen und Schwachen, zuwendet und die Reichen verurteilt: Während römisches wie überhaupt antikes Recht bis hin zum modernen »westlichen« Recht wie selbstverständlich legale Mittel zum Erwerb von (relativem) Reichtum vorsieht, lehnt das Rechtssystem der Tora auch aus Sicht des NT (s. Lk 16,29.31) diese ganz offensichtlich ab: Es gibt keine legalen und legitimen Mittel zum Erwerb relativen Reichtums, letzterer ist grundsätzlich unmoralisch erworben, eben weil es zugleich Arme gibt bzw. er Armut hervorruft. Bereits in Abschnitt 1. wurde deutlich, dass den biblischen Autoren offensichtlich bewusst war, dass die Armut von Menschen durch den Reichtum anderer Menschen entsteht: durch Ausbeutung und Ausplünderung. Man erinnert sich an Bertolt Brechts »Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich«. Dem entspricht, dass wirtschaftlicher Profit (besonders *מצב bæša'*: Ex 18,21; 1 Sam 8,3; Jes 33,15; 56,11; 57,17; Jer 6,13; 22,17; 51,13; Ez 22,13.27; 33,31; Hab 2,9; Ps 10,3; 119,36; Spr 1,19; 15,27; 28,16²⁰) ausschließlich negativ begegnet: als verurteilungs- und verdammungswürdige Ausbeutung. Dies bringt Jesus laut Mt 6,24; Lk 16,9.11.13 dazu, negativ vom »Mammon« bzw. vom »ungerechten Mammon« (*μαμωνᾶς τῆς ἀδικίας mamōnās tēs adikias*) = »Besitz/Vermögen/Reichtum« zu sprechen. Ganz deutlich wird die Verdammung solchen Reichtums in Lk 16,13: »Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.« Gott dienen, seine Gebote in der Tora und seine durch die Propheten gesprochenen Ermahnungen befolgen, steht in Widerspruch zum »Dienst« am Mammon, zur Ausbeutung der Armen. Entsprechend verurteilen später die Kirchenlehrer den Reichtum. So brandmarkt z. B. Hieronymus (um 347-419/420) den Reichtum als ungerechten Mammon, »denn jeder Reichtum stammt aus Unrecht, und ohne, dass der eine verliert, kann der andere nicht gewinnen.«²¹ Mit anderen Worten: »Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.« »Jeder Reiche nämlich ist entweder ein Ungerechter oder der Erbe eines Ungerechten.«²²

Die vorherrschende Theologie der Bibel fordert somit entgegen gemeinorientalischen bzw. römischen Verhältnissen soziale und wirtschaftliche Gleichheit ein, die keine sozialen und wirtschaftlichen Klassengegensätze zulässt. Wir haben es mit dem Entwurf einer klassenlosen Gesellschaft zu tun.

Dem entspricht der Bericht des Lukas über die früheste christliche Gemeinde (die noch ausschließlich aus Juden bestand), die Jerusalemer Urgemeinde, die Urkirche. So heißt es in Apg 2,44f: »Alle, die gläubig [an Jesus von Nazaret als den erwarteten jüdischen Messias] geworden waren, hatten alles gemeinsam. Sie verkauften ihren Besitz und ihre Habe und verteilten sie an alle, je nachdem einer bedürftig war.« Und in Apg 4,32b.34f: »... kein einziger sagte, dass etwas von seinem Besitz sein Eigen sei, sondern sie hatten alles gemeinsam. ... Es war auch keiner unter ihnen, der bedürftig war. Denn wer Grundstücke oder Häuser hatte, verkaufte sie und brachte den Erlös und legte ihn den Aposteln zu Füßen, und jedem wurde davon zugeteilt, wie er nötig hatte.« Dies erinnert an Ex 16: In der Wüste lässt JHWH dem hungernden Volk Manna vom Himmel regnen, aber jeder erhält davon so viel, wie er Bedarf hat, und niemand bekommt im Überfluss²³. Auch hier zeigt sich: Es soll keine wirtschaftlichen und sozialen Klassenunterschiede geben. Die Geschichte von Hananias und Safira in Apg 5,1-11 zeigt, wie drastisch (nämlich mit dem Tod) in der frühesten Kirche diejenigen bestraft werden, die ihren Besitz nicht gänzlich mit allen anderen teilen.

2.1.3 Fazit

Ein zentrales Thema der Bibel ist die Ausbeutung der Armen durch die Reichen. Diese Ausbeutung geschieht durch das in der gesamten Antike herrschende Kreditwesen: Arme Bauern müssen von den Reichen Kredite nehmen, ihren Haus- und Grundbesitz an sie verpfänden, müssen, um zu überleben, von ihnen Land pachten und dafür Pachtzins zahlen, müssen ihre Kinder und schließlich sich selbst in Schuldknechtschaft geben; hohe Steuerverpflichtungen und Missernten tun ihr Übriges.

Solche wirtschaftlichen Vorgänge lassen sich nicht als »kapitalistisch« im modernen (Marxschen) Sinne bezeichnen: Hier handelt es sich nicht um Einsatz von Kapital zum Abschöpfen eines Mehrwerts durch Ausbeutung von Arbeitskraft und um Wiedereinsatz des Mehrwerts zur Kapitalvermehrung, und die ausgebeuteten Bauern verfügen selbst über die Produktionsmittel. Wir haben es hier aber mit einer frühen Form einer Klassengesellschaft mit der Klasse der Ausbeuter und der der Ausgebeuteten zu tun insofern, als (an der Stelle des Kapitals im neuzeitlichen Kapitalismus stehender) wirtschaftlicher Reichtum es ermöglicht, ärmere Bevölkerungsschichten auf die beschriebene Weise regelrecht auszuplündern mit der Folge des Wachstums des Reichtums einer kleinen Oberschicht auf der einen Seite gegenüber der zunehmenden Verarmung großer Bevölkerungsgruppen auf der anderen.

Allerdings sind die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen des modernen Kapitalismus ähnliche wie die sozialen, wirtschaftlichen und zum Teil auch die ökologischen Verwerfungen in der noch nicht kapitalistischen Wirtschaft und im noch nicht kapitalistischen Wirtschaftsrecht des Alten Vorderen Orients und im römisch-hellenistischen Wirtschaftsrecht.

Auch wenn also die Bibel noch keine Bewertung des heutigen Kapitalismus bietet und bieten kann, lässt sich aus dem vorstehenden Befund feststellen: Die Bibel wendet sich gegen Ausbeutung, sie verdammt relativen Reichtum (Reichtum bei gleichzeitiger Armut) als Verbrechen, als Frevel und Gottlosigkeit. Sie hat offensichtlich ein Bewusstsein dafür, dass Reichtum Armut erzeugt, dass Reichtum auf Ausbeutung gründet. Sie kämpft damit gegen all das, was auch im modernen Kapitalismus Folge ist, und strebt eine wirtschaftlich- und sozial-egalitäre Gesellschaft an, in der es keine Armen geben soll.

Im Kapitalismus ist der Mensch nur Mittel zum Zweck der Profitmaximierung, er steht nicht im Mittelpunkt allen Wirtschaftens, er dient mit seiner Arbeit nicht dem Ziel der Bedürfnisbe-

riedigung der Menschen, die nur »Beiwerk« des kapitalistischen Wirtschaftens ist. Das Menschenbild der Bibel (Gen 1,26f; 9,6; Weish 2,23; vgl. Ps 8,6), des Judentums und des Christentums, dem zufolge *jeder Mensch* Ebenbild Gottes ist und von daher eine unveräußerliche Würde besitzt, ist daher nicht mit dem Kapitalismus vereinbar.

2.2 Die Kapitalismuskritik von Papst Franziskus (Michael Schäfers)

Wie kein anderer Papst vor ihm hat Papst Franziskus das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem einer vernichtenden Kritik unterzogen und ein radikales, an die Wurzeln gehendes Umsteuern angemahnt. Armut, Ausgrenzung, die skandalöse soziale Ungleichheit und die Plünderung natürlicher Ressourcen sind das Ergebnis eines in sich verkehrten Systems, das auf die absolute Autonomie der Märkte, Finanzspekulationen und unbegrenztes Wachstum setzt. Die Folge: »Macht und Besitzgier sind unbegrenzt geworden.«²⁴

Des Weiteren nimmt dieses System die Menschen in Geiselschaft und verbannt Empathie und Mitgefühl für die anderen aus dem Leben. Der Mensch als Individuum und soziales Wesen wird im Kapitalismus korrumpiert und degeneriert: »Fast ohne es zu merken, werden wir unfähig, Mitleid zu empfinden gegenüber dem schmerzvollen Aufschrei der anderen, wir weinen nicht mehr angesichts des Dramas der anderen, noch sind wir daran interessiert, uns um sie zu kümmern, als sei das eine uns fernliegende Verantwortung, die uns nichts angeht. Die Kultur des Wohlstands betäubt uns, und wir verlieren die Ruhe, wenn der Markt etwas anbietet, was wir noch nicht gekauft haben, während alle diese wegen fehlender Möglichkeiten unterdrückten Leben uns wie ein bloßes Schauspiel erscheinen, das uns in keiner Weise erschüttert.«²⁵ Eine »Globalisierung der Gleichgültigkeit« unterstützt die Todesmechanismen des Kapitalismus und verurteilt Millionen von Menschen zu Armut, Hunger, Ausbeutung und zum Tod.

In aller Deutlichkeit stellt Papst Franziskus den Fetischcharakter des Kapitalismus heraus (vgl. o. 1.2.3): Wir haben »die sakralisierten Mechanismen des herrschenden Wirtschaftssystems«²⁶, wir haben »neue Götzen geschaffen. Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32,1-35) hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel.«²⁷ Die Folgen sind eine grundlegende Zerrüttung: »Wenn das Kapital sich in einen Götzen verwandelt und die Optionen der Menschen bestimmt, wenn die Geldgier das ganze sozio-ökonomische System bevormundet, zerrüttet es die Gesellschaft, verwirft es den Menschen, macht ihn zum Sklaven, zerstört die Geschwisterlichkeit unter den Menschen, bringt Völker gegeneinander auf und gefährdet – wie wir sehen – dieses unser gemeinsames Haus, die Schwester und Mutter Erde.«²⁸ Dieses System – so der Papst – ist nicht mehr hinzunehmen. »Das System ist terroristisch.«²⁹

Die Erbarmungslosigkeit dieses Wirtschaftssystems stellt Papst Franziskus drastisch heraus, indem er feststellt, dass es gegen das Tötungsverbot eklatant verstößt und die ausgeschlossenen Menschen zu Müll, zu Abfall macht und einfach wegwirft. In einer bisher in der Soziallehre der Kirche ungekannten Schärfe und Klarheit insistiert der Papst: »Ebenso wie das Gebot ‚du sollst nicht töten‘ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein ‚Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen‘ sagen. Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Das ist Ausschließung. Es ist nicht mehr zu tolerieren,

dass Nahrungsmittel weggeworfen werden, während es Menschen gibt, die Hunger leiden. Das ist soziale Ungleichheit. Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtigere den Schwächeren zunichtemacht. Als Folge dieser Situation sehen sich große Massen der Bevölkerung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt: ohne Arbeit, ohne Aussichten, ohne Ausweg. Der Mensch an sich wird wie ein Konsumgut betrachtet, das man gebrauchen und dann wegwerfen kann. Wir haben die ‚Wegwerfkultur‘ eingeführt, die sogar gefördert wird. Es geht nicht mehr einfach um das Phänomen der Ausbeutung und der Unterdrückung, sondern um etwas Neues: Mit der Ausschließung ist die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der man lebt, an ihrer Wurzel getroffen, denn durch sie befindet man sich nicht in der Unterschicht, am Rande oder gehört zu den Machtlosen, sondern man steht draußen. Die Ausgeschlossenen sind nicht ‚Ausgebeutete‘, sondern Müll, ‚Abfall‘.«³⁰

Indem Papst Franziskus die tödlichen Folgen des Kapitalismus schonungslos systemisch analysiert, die verheerenden Folgen, insbesondere für die Armen dieser Erde, herausstellt und ein vernichtendes Urteil spricht, entzieht er unserer Wirtschaftsweise radikal ihre Legitimation. Kurz: Das System ist am Ende!

3. Handeln

Wie schon oben erwähnt, stehen wir als KAB im Spannungsfeld von tagespolitischen Auseinandersetzungen um die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Arbeitnehmer*innen und marginalisierten Menschen innerhalb des Kapitalismus auf der einen und der grundsätzlichen Kritik des kapitalistischen Systems und seiner Überwindung auf der anderen Seite. Auch auf Ebene der Diözesanverbände wurde diese Thematik schon aufgegriffen.³¹

Im Folgenden wollen wir uns in diesem Sinne mit verschiedenen Alternativmodellen zum Kapitalismus beschäftigen, die mindestens die erwähnte Verbesserung der Lebensverhältnisse von Menschen erreichen möchten. Dabei soll auch darauf geschaut werden, ob diese konkrete Verbesserung eher als Krisenbearbeitung *im* Kapitalismus zu bewerten ist oder im Sinne eines utopischen Überschusses *über* das bestehende kapitalistische System hinausweist. Dabei dienen die im Abschnitt 1.2 (Sehen II) entwickelten Begriffe der besseren Unterscheidung zwischen diesen beiden Varianten.

3.1 Tätigkeitsgesellschaft (Michael Schäfers)

Mit dem Begriff »Tätigkeitsgesellschaft« verbindet sich ein gesellschaftliches Reformprojekt, das die ausschließliche Zentrierung auf die bezahlte Erwerbsarbeit überwinden will.³² Alle Formen der menschlichen Arbeit von Frauen und Männern werden in der »Tätigkeitsgesellschaft« als gesellschaftlich gleichrangig und gleichwertig anerkannt, denn sie sind gleichberechtigte Äußerungsformen des Menschen. Die lohnabhängige Erwerbsarbeit steht in der kapitalistischen Demokratie³³ unter den Vorzeichen der Entfremdung: Ihr Zweck wird nicht durch den arbeitenden Menschen selbst bestimmt noch durch einen sozialgesellschaftlichen Konsens austariert, sondern folgt dem betriebswirtschaftlichen »Kosten-Nutzen-Kalkül« der Produktion von Mehrwert für die Kapitaleseite. Die entfremdete Erwerbsarbeit ist Bestandteil einer Wirtschafts- und Fortschrittsideologie, die angesichts der heute lebensbedrohenden Krisen einer grundsätzlichen strukturellen Revision bedarf. Reformen und Umbauprozesse müssen bei der menschlichen Arbeit in allen ihren Ausdrucksformen ansetzen, denn die Arbeit ist der Dreh- und Angelpunkt der sozialen Fragen. Reformprojekte, die sich »jenseits« der menschlichen Arbeit ansiedeln, laufen angesichts des Stellenwertes, die die Arbeit in unserem Leben immer noch einnimmt (Einkommen, soziale Sicherheit, soziale Anerkennung), ins Leere. Mit einem mentalen Wertewandel allein werden wir allerdings eine soziale und gerechte Zukunft für alle nicht Wirklichkeit werden lassen. Es bedarf grundlegender struktureller Einschnitte, einer »Metamorphose«³⁴ (Verwandlung) hin zur »Tätigkeitsgesellschaft«. Eine neue Politik für die Freiheit der Menschen ist gefordert.³⁵ Nur wenn wir neue Formen des Arbeitens finden und mit ihnen experimentieren, werden wir die weitere Verwandlung des Menschen und der Natur in Ware aufhalten können. Ansonsten schreibt sich das »Zeitalter der Erschöpfung«³⁶ fort und bringt den Menschen und unseren Planeten endgültig an die Grenzen der Überlastung und Übernutzung. Notwendig sind neue Möglichkeiten einer finanziellen Absicherung für alle, um die »Metamorphose« anzustoßen und abzusichern. Dass die »Tätigkeitsgesellschaft« heute wieder verstärkt im Kontext der Diskussion zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens aufgenommen wird, belegt ihre Notwendigkeit und Aktualität als Arbeits- und Gesellschaftsmodell der Zukunft.³⁷

In einer Zeit, in der sich viele eher das Ende der Welt als das Ende des Kapitalismus und der entfremdeten Arbeit vorstellen können, ist die »Tätigkeitsgesellschaft« nicht zuletzt Ausdruck der Hoffnung auf eine »ökologische Umkehr«³⁸ hin zu einer solidarischen Ökonomie (siehe

Gemeinwohlökonomie) und zu einer regenerativen und ökologischen Wirtschaftsweise, die das gute Leben für alle möglich macht. Die notwendigen Transformationen werden erstritten werden müssen. »Wir stehen jetzt an einem Scheideweg unserer Geschichte. Wir sind im Begriff zu scheitern. Aber noch sind wir nicht gescheitert. Noch ist es Zeit, das zu ändern. Es liegt an uns.«³⁹

Die menschliche Arbeit ist der Dreh- und Angelpunkt der sozialen Fragen. Angesichts der Klimakatastrophen, der Übernutzung der natürlichen Ressourcen und der zunehmenden Prekarisierung der Arbeit ist ein Reformprojekt zur »Erwerbsarbeitsgesellschaft« heute dringender denn je.⁴⁰ Die notwendige sozial-ökologische Transformation wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Fortentwicklung der Arbeit mit dem Ziel »Tätigkeitsgesellschaft« erfolgt. Grundlegend ist dabei, mehr Autonomie zu ermöglichen. »Wer irgendeinem Lebensbereich die Unfreiheit als unvermeidlich zugesteht, kann sich, ja wird sich alsbald in einer Welt finden, in der diese Unfreiheit alles beherrscht. Die Forderung der Freiheit ist immer absolut (...). Das heißt, dass die Forderung die sein muss, alle Arbeit in Tätigkeit, alles heteronome Tun von Menschen in autonomes Tun zu verwandeln. Noch der letzte Rest von Arbeit steht unter dem Anspruch der Verwandlung in Tätigkeit«⁴¹, stellte der Soziologe und Publizist Ralf Dahrendorf in Bezugnahme auf Karl Marx vor fast vier Jahrzehnten fest. Unter dem Vorzeichen der Prekarisierung der Arbeit sind diese Forderungen aktueller denn je: Es geht um die Aufhebung entfremdeter Arbeit und eine Transformation jenseits des Kapitalismus⁴² hin zu mehr Freiheit, Menschenwürde und Fairness. *Befreit die Arbeit!*

Die Erwerbsarbeitsgesellschaft stellt eine Vereinseitigung dar, indem sie der »produktiven« Arbeit einen Vorrang einräumt gegenüber der »reproduktiven« Arbeit, die weltweit mehrheitlich von Frauen erledigt werden muss. Produktive Arbeit mehrt Wohlstand und Reichtum, während die Reproduktionsarbeit allenfalls eine Voraussetzung dazu bildet und so zum »Anhängsel« der Erwerbsarbeit degradiert wird. Das System sozialer Sicherung etwa bleibt fast ausschließlich auf die bezahlte Erwerbsarbeit als Zugangsvoraussetzung konzentriert. Jenseits der Erwerbsarbeit erworbene Ansprüche, etwa durch Kindererziehung und Pflege, werden allenfalls als »Zusatzleistungen« angesehen. Die »Tätigkeitsgesellschaft« intendiert demgegenüber eine deutliche gesellschaftliche und soziale Aufwertung menschlicher Tätigkeiten »jenseits« der Erwerbsarbeit. Dazu gehören die Eigenarbeit, die gemeinwesenbezogene Arbeit bzw. ehrenamtliches Engagement und unentgeltliche Arbeiten in der »Care-Ökonomie« (häusliche Pflege, Kindererziehung etc.). *Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit! Alle Formen menschlicher Arbeit sind gleichwertig!*

Die »Tätigkeitsgesellschaft« will mehr Verteilungsgerechtigkeit herstellen. Aufgrund des einbrechenden bzw. stagnierenden Wirtschaftswachstums werden zunehmend Verteilungsspielräume aus Zuwächsen deutlich begrenzt. Zudem: Das heutige Wirtschaftswachstum, das der Kapitalismus zum Überleben braucht, wirkt spaltend, erzeugt soziale Schieflagen.⁴³ Wirtschaftswachstum ist nicht mehr die Lösung, sondern Teil des Problems. Gerade der ausufernde Finanzkapitalismus hat Zuwächse nur Wenigen beschert und die Mehrheit leer ausgehen lassen. Es wächst das Falsche! Bereits Vorhandenes und Zukünftiges zu verbessern, intelligenter zu ordnen und dadurch langfristige und nachhaltige Werte für uns und kommende Generationen zu bewahren bzw. zu schaffen, ist die Form einer zukunftsfähigen Postwachstumsgesellschaft und Kreislaufwirtschaft.⁴⁴ In Konsequenz heißt dies: Wir müssen einen Rückgang des Wachstums akzeptieren, damit das wachsen kann, was den Armen nützt.⁴⁵ Dies wiederum heißt: Wir brauchen eine »Ökonomie der Gerechtigkeit«⁴⁶ und deutlich mehr Verteilungsgerechtigkeit. *Die Verteilungsfrage ist die zentrale Aufgabe einer zukünftigen Ordnungspolitik bei uns, in Europa und weltweit!*

Die »Tätigkeitsgesellschaft« will neue Formen der Arbeit initiieren und ausbauen. Papst Franziskus hat in seiner Enzyklika »Laudato si'« an die Grundfunktionen aller Formen menschlicher Arbeit erinnert, die in der Soziallehre der Kirche eine lange Tradition aufweisen. Es geht um das Bebauen und Bewahren, um den Beitrag, den die menschliche Arbeit am Bau des »gemeinsamen Hauses« leisten soll. Arbeiten heißt: An der Bewahrung der Schöpfung mitarbeiten.⁴⁷ Die Permanenz der Beschleunigung des Lebens und der Arbeitsrhythmen steht »im Gegensatz zu der natürlichen Langsamkeit der biologischen Evolution. Hinzu kommt das Problem, dass die Ziele dieser schnellen und unablässigen Veränderung nicht unbedingt auf das Gemeinwohl und eine nachhaltige und ganzheitliche menschliche Entwicklung ausgerichtet sind.«⁴⁸ Wir arbeiten zu schnell, zu wenig »naturverbunden«, zu wenig im Blick auf das Ganze und auf die Lage der Menschheit insgesamt. Wir arbeiten bis zum Untergang.⁴⁹ Deshalb brauchen wir neue Formen der Arbeit. Zentrale Fragen dabei sind: Welche Rolle kann und muss dabei die menschliche Arbeit zukünftig spielen? Was sind »überflüssige« Arbeiten, die wir sofort einstellen könnten, um Freiräume zu schaffen?⁵⁰ Wo ist Arbeit »Teil« eines Systems, das übermäßig nicht-regenerative Ressourcen verbraucht und die wir deshalb um des Überlebens willen einstellen müssen? Für welche Arbeitsplätze steht eine Konversion an, um sie in sinnvolle und autonome Tätigkeiten für die Gesellschaft umzuwandeln? Welche Arbeiten schädigen das Gemeinwohl und leisten keinen Beitrag zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft? Diese Fragen stehen auf der Tagesordnung. *Es wird Zeit, dass wir über die neuen Formen der Arbeit einen breiten gesellschaftlichen Diskurs eröffnen und die strukturellen Ursachen der Ausbeutung beseitigen!*

Die kapitalistische Wirtschaftsweise muss also durch eine Tätigkeitsgesellschaft und durch eine »Ökonomie der Gerechtigkeit« ersetzt werden. Wie kann dies geschehen? Für die Transformation hin zur Tätigkeitsgesellschaft gilt: Aus dem Bestehenden muss wachsen, was zukünftig werden soll. Die Geschichte lehrt uns, dass Transformationsprozesse mit Legitimationskrisen beginnen. Dem Kapitalismus fehlt angesichts der »Vernutzung« von Mensch und Natur mehr denn je die Legitimation, denn zu einer sozial-ökologischen Transformation ist er unfähig. Durch Proteste, Demonstrationen, wissenschaftliche Diskussionen, Manifeste, Aktionen und Aufklärung kann die Legitimationskrise deutlich gemacht und für eine Umformung genutzt werden.

Entscheidend ist dabei, dass die weiterhin bestehenden Gerechtigkeitsanforderungen (Soziallehre der Kirche) an die derzeitige Erwerbsarbeitsgesellschaft mit den existenziellen Überlebensfragen verbunden werden. Kämpfe um Beschäftigung, Lohngerechtigkeit, soziale Absicherung, gleiche Bezahlung von Frauen und Männern usw. lassen sich etwa ohne Verortung in den ökologischen Gesellschaftskonflikten nicht mehr erfolgreich führen. Es bedarf gleichermaßen systemimmanenter und systemtranszendenter Maßnahmen hin zur »Tätigkeitsgesellschaft«, die ihre unmittelbare Plausibilität aus den Lebenswelten der Menschen (Gutes Leben für alle!) und der katastrophalen systemischen Zerstörungswut der kapitalistischen Wirtschaftsweise beziehen, die mehr als offensichtlich ist und Menschen zum Tode verurteilt. Die immer wieder behauptete Alternativlosigkeit zum Bestehenden ist als Legitimationskrise auszuweisen. So werden wir einerseits weiterhin für eine systemimmanente Umverteilungspolitik kämpfen müssen, andererseits aber eine völlig neue systemtranszendente Eigentums- und Besitzordnung (der All-gemeingüter) einzufordern haben. *Nur demokratisch gestaltete Transformationsprozesse werden die Tätigkeitsgesellschaft auf den Weg bringen und zum Erfolg führen.*

Wie bei jeder politisch-demokratischen Transformation geht es zuerst um eine Delegitimierung bzw. Entdifferenzierung des alten Systems. Mehrheiten durch Zusammenschluss und Bündnispolitik müssen sich bilden, die als allmählich, aber stetig voranschreitender und fester

werdender Kern die von unten »erzwungene« Transformation voranbringen und institutionell festigen. Es geht um die Implementierung neuer wirtschaftlicher, sozialer und politischer Paradigmen, die für die Herrschenden tiefe Einschnitte bis hin zur völligen Entmachtung bedeuten, und das ist – wie die Geschichte ebenfalls lehrt – kein Zuckerschlecken, sondern ein Kampf, ein langer Weg mit kleinen Schritten in demokratischen Aushandlungsprozessen, der Entschiedenheit erfordert. Macht, Geld, Gewalt und Solidarität steuern moderne Gesellschaften (J. Habermas). *Wir werden bei der Transformation hin zur Tätigkeitsgesellschaft alles auf die Karte »Solidarität« setzen müssen!*

3.2 Die Sozial-ökologische Transformation und die Wirtschaftsdemokratie (Helmut Gelhardt)

3.2.1 Der Jetzt-Zustand und seine jüngste Vorgeschichte

Wir befinden uns in einem »globalen Ozean« des Kapitalismus – in der Ausprägung des Neoliberalismus (= markttextremistischer Kapitalismus). Und dies seit dem 11.09.1973, dem Tag, an dem Salvador Allende in Chile, der einen demokratischen Sozialismus aufbauen wollte, durch Augusto Pinochet und seine rechtsgerichtete Militärjunta mit Unterstützung der USA gestürzt wurde. Seit diesem Datum wurde im chilenischen »Sandkasten«/»Labor« durch Milton Friedman (einer der »Chicago-Boys«) ein neoliberaler, angebotsorientierter und monetar-istischer Kapitalismus eingeführt, der zugleich den begonnenen Keynesianismus bzw. den Links-Keynesianismus verwarf.

Seit Ende der 1970er / Anfang der 1980er Jahre dominiert die konservativ-neoliberale Ausrichtung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft durch die Pseudo-Denkschulen »Reaganomics« (USA) und »Thatcherismus« (GB) – in deren Folge die »Geistig-moralische Wende 1982/1983« unter Bundeskanzler Helmut Kohl (BRD) etabliert wurde. Unter diesen Maximen und Protagonisten wurde ein vehement neoliberaler Kurs betrieben mit der ihm immanenten Marktradikalität, die auf eine Liberalisierung (insbesondere Deregulierung) aller Märkte, auf eine Intensivierung des internationalen sogenannten *Freihandels*, auf eine Senkung von Arbeitskosten bzw. Arbeitseinkommen und Unternehmenssteuern (»Verbesserung der Angebotsbedingungen«) und auf einen massiven Rückbau des Sozialstaates setzte. Letztlich wollten die Neoliberalen mit ihrer Doktrin, festgeschrieben 1989 (!) im »Washington-Konsensus«, nur eines bezwecken: Durch eine Privatisierung der Welt sollte eine *Umverteilung* der gesellschaftlich immer nur arbeitsteilig generierbaren Wertschöpfung zu den Besitzeinkommen (Gewinn, Zins und Grundrente) herbeigeführt werden.

Der aktuell neoliberalen Gestalt des Kapitalismus wohnen also auch seine grundlegenden Bestimmungen inne: Universale Konkurrenz, Wachstumszwang, Profitmaximierung, Kapitalakkumulation und -konzentration, Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen und hemmungsloser Natur- und Umweltverbrauch. Allesamt Erscheinungen, die sich auch in den Alltags-erfahrungen der Menschen (s. o. 1.1 Sehen I) widerspiegeln.

Die entscheidenden Fragen sind also:

- *Wie gelangen wir aus dem allgegenwärtigen Kapitalismus heraus?*
- *Welche Wesenszüge kennzeichnen dieses neue System?*
- *Wie nennen wir dieses neue System?*

3.2.2 Ein mögliches und sinnvoll erscheinendes Übergangsszenario

Im Kapitalismus damit anfangen, aus dem Kapitalismus herauszugelangen

Wir können nicht einfach einen Schalter umlegen, und schon sind wir im Gelobten Land, dem Land der Verheißung, dem Land des NICHT-Kapitalismus. Aber wir müssen im Kapitalismus ernsthaft und unverzüglich damit anfangen, aus dem Kapitalismus herauszugelangen, den Kapitalismus zu überwinden. Dieses Anfangen im Kapitalismus erfordert zunächst die Durchführung (ganz aktuell und unumgebar!) einer Sozial-ökologischen-Transformation oder Ökologisch-sozialen Transformation (Gerechter Wandel / Just Transition). Kurz gesagt: Die Umstellung der gesamten Volkswirtschaft, des Gesellschaftssystems, des Staatsaufbaus – und somit auch der Arbeitsformen und der Arbeitsinhalte – in ein weitgehend sozial gerechtes, solidarisches, absolut ökologiekompatibles System. Dieser Gerechte Wandel muss jedenfalls in eine echte, wirkungsmächtige Wirtschaftsdemokratie fest eingebettet sein. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie bedeutet z. B., dass die betriebliche Mitbestimmung, die in den letzten Jahren abgebaut oder in der Praxis geschliffen wurde, gründlich verändert und ausgedehnt wird zugunsten des Faktors Arbeit.

Die Maximen der Montanmitbestimmung als Blaupause heranziehen

Hierzu gehört auch, dass in allen Unternehmen mit über 500 Beschäftigten diese bei Standortänderungen und Entlassungen, Gestaltung der Arbeitszeit und Personalbemessung mitbestimmen müssen. Die Maximen der Montanmitbestimmung (= paritätische Mitbestimmung) sollten als grundsätzliche Blaupause herangezogen werden und maßgeblichen Einfluss haben. In allen Branchen müssen Tarifverträge zur gesetzlich normierten Pflicht werden. Tarifflicht muss politisch und gesellschaftlich als soziale Verantwortungslosigkeit gebrandmarkt sowie rechtlich sanktioniert werden. Die abhängig Beschäftigten dürfen faktisch nicht einer »individuellen Bettelei« ausgesetzt werden. Innerhalb einer echten, wirkungsmächtigen Wirtschaftsdemokratie kann auch das Thema kollektive Arbeitszeitverkürzungen / Arbeit umverteilen energischer und zielgerichteter angegangen werden. 2019 haben die Beschäftigten in Deutschland knapp zwei Milliarden Überstunden geleistet, davon die Hälfte unbezahlt. Selbst im Covid-19-Pandemie-Jahr 2020 waren es knapp 1,7 Milliarden Überstunden. In 2020 war mehr als die Hälfte dieser Überstunden unbezahlt! Gleichzeitig ist die Arbeit längst so produktiv und die Gesellschaft so reich, dass ein neues Verhältnis von Arbeit und Leben möglich und notwendig ist. Die Zeit ist spätestens jetzt reif für eine Arbeitszeit, die zwischen 28 und 35 Stunden pro Woche zu einer Norm werden sollte, an der sich gesetzliche Regelungen und Tarifverträge orientieren. Eine *Kurze Vollzeit für alle* mit in der Regel vollem Lohnausgleich und notwendigem Personalausgleich ist zwingend zu realisieren. Dies alles führt zu einer freieren, selbstbestimmteren, weniger prekären Arbeit.

In der Arbeitswelt bestehen weitgehend »Obrigkeitsverhältnisse« fort

Aufgrund einer zweifelhaften Unterscheidung von *öffentlich* und *privat*, die spätestens gegenwärtig zu erörtern ist, wird die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Ressourcen, also die Entscheidungen über Produktionsmittel, Investitionen, Produktionsverfahren, Produkte oder Standortverlagerungen *allein* zum privaten Bereich gezählt. Unternehmen, die doch so wichtig sind für die Allgemeinheit, werden nicht als quasi *öffentliche* Institutionen begriffen. So sind Individuen (Menschen als Einzelwesen) zwar in der Sphäre der Politik Bürger*innen mit verfassungsmäßigen Mitspracherechten und können sich an der Gestaltung des Gemeinwesens

beteiligen. Doch in der Arbeitswelt bestehen weitgehend *Obrigkeitsverhältnisse* fort. Unter dem Druck der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Shareholder-Value-Orientierung, bei der die Unternehmenspolitik primär auf die Steigerung des Aktionärsvermögens ausgerichtet ist, konnten diese Obrigkeitsverhältnisse in den letzten 40 Jahren zulasten der abhängig Beschäftigten sogar wieder verschärft werden.

Wirtschaftsdemokratie als Mindestanforderung

Unternehmen dürfen aber keine demokratiefreien Zonen sein. Für den absolut unverzichtbaren Sozial-ökologischen Wandel (Transformation) innerhalb der Mindestanforderung *Wirtschaftsdemokratie* müssen zur Finanzierung auch die Profit-Rücklagen der Konzerne genutzt werden. Notwendig sind Eigentumsverhältnisse, die das ermöglichen. Deshalb sollten Dax-Unternehmen durch eine dreigeteilte Eigentümerstruktur demokratisiert und ihre Geschäftspolitik neu ausgerichtet werden: Mindestens 21 Prozent öffentliches Eigentum, 30 Prozent Belegschaftseigentum und 49 Prozent private Aktionäre. Dividendenausschüttungen sollten gedeckelt werden. Die dadurch freiwerdenden Finanzmittel kommen einem *Solidaritäts-, Umwelt- und Infrastrukturfonds* zugute, der auch Genossenschaften (s. u.) und Arbeitszeitverkürzung in weniger profitablen Bereichen querfinanzieren könnte. Sozial-ökologische Transformation erfordert auch Innovationen, Forschungs- und Wissenschaftsleistung jenseits des kapitalistischen Zwanges zum Profit machen. Zur Bearbeitung dieses Bereiches sollten auch neue Formen demokratischer Unternehmen genutzt werden, z. B. Plattform-Genossenschaften oder digitale Kooperativen (staatlich gefördert und mit öffentlicher Forschung verbunden). Es geht darum, den Genossenschaftsgedanken weiterzuentwickeln und entsprechende Betriebe und Unternehmen zu einem Innovationstreiber für die gesamte Gesellschaft zu machen. Damit entsteht *ein solidarischer Zukunftssektor*. Ohne soziale, ökologische und *demokratische* Transformation wird es zu einem weiteren massiven Beschäftigungsabbau kommen.

Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums und Neuverteilung von Entscheidungsmacht

Schon im Stadium der noch kapitalistischen Wirtschaftsdemokratie im Prozess der Sozial-ökologischen Transformation braucht es demokratische Entscheidungen darüber, was und wie produziert werden soll. Klaus Dörre spricht von einer *transformativen Demokratie*. Dörre erklärt, es geht um mehr als klassische Wohlfahrtsstaatspolitik. Im Grunde geht es um die Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums und vor allem um eine Neuverteilung von Entscheidungsmacht in Wirtschaft, Betrieben und Konzernen. Er bringt hierzu ein eindrucksvolles Beispiel: Besser, als auf das Fahren von großen SUVs zu verzichten, ist, sie gar nicht erst zu produzieren. Angesichts ihrer lebensbedrohenden Konsequenzen dürfen Entscheidungen über das »Was«, das »Wie« und das »Wozu« der Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht länger kleinen Managereliten in Großunternehmen vorbehalten bleiben. Dabei ist immer zu bedenken: Manager treffen im Kapitalismus ihre Entscheidungen nicht aus freien Stücken, sondern folgen den Gesetzmäßigkeiten von Markt, Wettbewerb und dem Zwang zur Profitmaximierung (s. o. 1.2.3). Wirtschaftsdemokratie muss also mindestens über die betriebswirtschaftliche Logik hinausgehen. Die Gesellschaft muss den Konzernen vorgeben, jetzt mit ökologischer Konversion (Umwidmung / Umstellung) zu beginnen. Der Gedanke einer demokratischen Rahmenplanung in der Wirtschaft muss Platz greifen. Das bedeutet: Soziale und ökologische Ziele, die Erfahrungen und Arbeitsbedingungen der Menschen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und die sozialen

Folgen technologischer Entscheidungen müssen von vornherein prioritär in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen einfließen.

Räte als Institutionen der Basisdemokratie

Neben der Betrieblichen Mitbestimmung, der Stärkung der Gewerkschaften und Sozialverbände und den gesetzlich vorzuschreibenden Tarifverträgen sollten verfassungsrechtlich *Räte* (z. B. nach dem Vorbild der Zapatistischen Indigenen-Bewegung) etabliert werden, die durch die Bürger*innen im Sinne der Basisdemokratie zu besetzen sind. Zu denken ist hier in erster Linie z. B. an regionale Wirtschaftsräte, die über die Gelder eines eingerichteten Transformationsfonds mitentscheiden sollen. Jedenfalls ist den Räten zwingend/verbindlich ein Beteiligungsrecht / Anhörungsrecht / Benehmensrecht einzuräumen im Sinne eines zivilen, demokratischen *Fachverständes*, welcher die *Parlamentarische* Demokratie *nicht* ersetzt, aber von dieser zwingend als *fachliche* Beratung herangezogen werden muss – z. B. bei der grundgesetzgemäßen/verfassungsgemäßen *notwendigen* Sozialisierung (= *Vergesellschaftung*) von *unverzichtbaren* Einrichtungen zugunsten des Gemeinwohls / der Daseinsvorsorge. Parlamentarische Entscheidungen, die in wesentlichen Fragen vom *Fachvotum* der Räte abweichen, müssen besonders begründet werden und nach dieser besonderen Begründung erneut in den parlamentarischen Entscheidungsprozess gegeben werden. Beispiele für *Räte* sind weiter: Ökologieräte, Klimaräte, Energieräte, Land- und Forstwirtschaftsräte, Wohnungsbauräte, Wasserversorgungsräte, Integrationsräte, Kinder- und Jugendräte. Eine neoliberal orientierte, organisierte und priorisierte »*Marktkonforme Demokratie / die unsichtbare Hand des Marktes*« bzw. eine *Postdemokratie* (Colin Crouch) *will* und *kann* dies alles nicht leisten!

Ausrichtung am Bedarf der Menschen

Als übergreifende Klammer muss feststehen: Die »Grundversorgung«, die von (über)lebenswichtigem Interesse für die Gemeinschaft ist, und die soziale Infrastruktur müssen am Bedarf der Menschen und nicht an Profitinteressen ausgerichtet werden.

3.2.3 Ziel-Zustand: Demokratischer Ökosozialismus

Von da aus kann der Schritt *in* ein System des NICHT-Kapitalismus Realität werden. (Seien wir mutig und orientieren uns an Oskar Negt: »Nur noch Utopien sind realistisch«.)

Ein solches System ist gekennzeichnet durch Kooperation, Wegfall des Wachstumsbefehls, Demokratie statt Plutokratie, Gleichheit, Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, absolute Ökologiekompatibilität, Internationalismus statt Nationalismus, tatsächliche Humanität, wirkungsvolle/unverhandelbare Menschenrechte, fairer Handel statt »Freihandel«!

In einem solchen System bestimmen die eigentlichen Produzenten, die Masse der (bis dahin noch) abhängig Beschäftigten, *WAS für WEN WOZU WIE* produziert wird (zumindest bestimmen sie dies paritätisch mit). Die Produktion erfolgt *bedarfsorientiert / bedarfsgerecht* gemäß den Erfordernissen des Gemeinwohls / der Daseinsvorsorge und nicht profit- und reichumsfixiert zur maßlosen Anhäufung privaten Reichtums. Die Maxime eines solchen Systems könnte lauten: »Allumfassende, optimale Gemeinwohlorientierung des Staatswesens«. Ein solches System kann auch bezeichnet werden als *demokratischer ökologischer Sozialismus*.

Der Ökosozialismus ist eine Reaktion auf den marktradikalen Neoliberalismus mit seinem globalen zerstörerischen Zugriff auf die menschlichen und natürlichen Ressourcen. Er verbindet die Soziale Frage mit der Ökologischen Frage, wobei er die ökologische Problematik bzw. die äußere Schranke des Kapitals (s. o. 1.2.5) ins Zentrum stellt.

Angesichts des drohenden ökologischen Kollapses kritisiert er scharf eine ungebremste Entfaltung der Produktivkräfte (Arbeitskraft im Verbund mit Technologie, Wissenschaft und Naturressourcen) und fordert deshalb die Schrumpfung der Wirtschaft und einen Rückbau der Industrie. Damit wird auch die Industriegesellschaft als solche in Frage gestellt.

Stattdessen fordert der Ökosozialismus die gesellschaftliche Kontrolle über die Produktionsmittel und eine demokratische Planung der Produktion, die auf die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse (Gebrauchswerte, s. o. 1.2.2 und 1.2.3) ausgerichtet ist.

Bekanntere Vertreter des Ökosozialismus waren / sind: Rudolf Bahro, André Gorz, Elmar Altvater, Bruno Kern, Saral Sarkar, John Bellamy Foster, Michael Löwy und der Industriesoziologe Klaus Dörre. Vertreterin des Öko-Feminismus ist z. B. Maria Mies.

Die *Sozial-ökologische Transformation* – der *Gerechte Wandel*, welche/welcher in der *Wirtschaftsdemokratie* (s. o. 3.2.2) beginnen muss, benötigt zwingend und spätestens in der Phase des **Ziel-Zustands** den positiven Abschluss!

Buen Vivir

Bei diesem Gerechten Wandel kann z. B. auch auf das lateinamerikanische Konzept des *Buen Vivir*, des »Guten Lebens«, welches seinerseits auf dem Konzept *Sumak Kawsay* der indigenen Völker des Andenraums beruht, zurückgegriffen werden. Dieses Konzept hat sich folgende Grundorientierung gegeben: »eine neue Form des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger in Vielfalt und Harmonie mit der Natur aufzubauen, um das Gute Leben, das Sumak Kawsay, zu erreichen; eine Gesellschaft zu schaffen, die die Würde der Menschen und Kollektive in allen Aspekten respektiert; ein demokratisches Land zu schaffen, das sich der lateinamerikanischen Integration [...], dem Frieden und der Solidarität mit allen Völkern der Erde verpflichtet.« Dieses Konzept des Guten Lebens gründet auf jedenfalls schonenden, achtsamen, rücksichtsvollen Lebensweisen und »rechtfertigt und toleriert in keinem Fall die Zerstörung der Natur und auch nicht die Ausbeutung von Menschen oder die Existenz privilegierter Gruppen, die auf Kosten der Allgemeinheit und von der Arbeit und den Opfern anderer leben. Das *Gute Leben* bezieht alle mit ein, sonst ist es kein gutes Leben.« (Alberto Acosta)

Suffizienz

Ein weiterer Baustein des Gerechten Wandels kann auch die Suffizienz sein. Suffizienz meint nicht Verzicht. Vielmehr geht es darum, dass etwas *genug* ist. Es geht bei dem Suffizienzgedanken also darum, absolute Grenzen festzulegen. Statt immer mehr: Es ist genug! Zum Beispiel: Keine weiteren Mastställe (generelle Reduzierung der Fleischproduktion). Flächenverbrauch für Straßen, Gewerbe- und Industriegebiete begrenzen. Wohnungsbau als pures Renditeobjekt für Investoren muss unter dem Gesichtspunkt des Allgemeinwohls streng hinterfragt werden. Keine immer größeren Autos, Fernseher und Kühlschränke. Es geht ganz wesentlich auch um Müllvermeidung.

Grünes Wachstum – Scheinlösung?

In grün-kapitalistischen Denkansätzen wird oft ein *nachhaltiges Wachstum* als Lösung für den Antagonismus zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit favorisiert. Der Nachhaltigkeitsbegriff ist in der Wissenschaft bis heute nicht eindeutig und zweifelsfrei definiert. Umgangssprachlich versteht man darunter in der Regel, dass in einer bestimmten Periode nicht mehr Ressourcen verbraucht werden dürfen, als in derselben Periode nachwachsen. In diesem Sinne ist *nachhaltiges Wachstum* ein Widerspruch in sich. Entweder besteht Nachhaltigkeit oder Wachstum.

Aber auch die Begriffe *quantitatives* und *qualitatives* Wachstum bringen uns nicht weiter. In kapitalistischen Gesellschaften sind diese Begriffe zwei Seiten derselben Medaille, nämlich der Akkumulation (Anhäufung) von Kapital. In beiden Fällen geht es darum, das bestehende Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu reproduzieren (aufrecht zu erhalten) und die Hegemonie (Vormachtstellung/Vorherrschaft) des Kapitals zu stabilisieren, die durch Nullwachstum gefährdet wäre. Auch ein Begriff wie *wertvolles* Wachstum erscheint nicht zielführend im gemeinten und gewollten Sinne. Eine sinnvolle Begriffsbildung ist in der Tat schwierig. Vielleicht ist die Begriffsbezeichnung: *menschengerechte, sozial-ökologisch förderliche und verträgliche Entwicklung* geeigneter, das durchaus positiv Gemeinte angemessener/besser zu beschreiben und auf den Begriff zu bringen.

Strategischer Konsum

Die Kultur der Genügsamkeit wird sehr wesentlich bestimmt durch den verantwortungsvollen, strategischen Konsum. Gegen die Flut des Konsumismus gibt es Widerstand. Viele Menschen erteilen der Aufforderung, »shoppen« zu gehen, eine Absage. Freiwillige Reduzierung des Konsums kann das subjektive Wohlbefinden verbessern. Die Idee eines guten Lebens und eines guten Lohns bei bescheidenen Ansprüchen darf nicht durch einen hemmungs- und grenzenlosen Konsumismus ersetzt werden. Mahatma Gandhi hat die Menschen dazu aufgerufen, »einfach zu leben, damit andere einfach nur leben können«. Papst Franziskus sagt uns in »Laudato si'« (193): »Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.«

Entscheidend ist die Produktionssphäre

So unstrittig und eminent wichtig der verantwortungsvolle, strategische Konsum zur Realisierung der Kultur der Genügsamkeit auch ist – *entscheidend* ist die Produktionssphäre. Die Soziologen John Bellamy Foster, Brett Clark und Richard York kritisieren eine Fixierung auf Konsum und Lebensstile, die viele ökologische Initiativen auszeichnen. Solche Fixierungen erlaubten es, *alles außer* dem ökonomischen System für die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen verantwortlich zu machen. Diese Überbeanspruchung haben ihre wichtigsten Ursachen jedoch in der kapitalistischen Wirtschaft. Deshalb sei es falsch, den Massenkonsum zum Hauptschuldigen zu erklären und ein grünes Einkaufsverhalten als Lösung zu proklamieren. Konsumgüter stellten stets nur einen Teil des Gesamtausstoßes dar. Der Großteil des Abfalls und Mülls falle im Kapitalkreislauf selbst an. Verbrauchersouveränität sei hingegen eine bloße Fiktion, weil auch die hegemonialen Konsumnormen u. a. mittels Werbung in der Produktionssphäre entstünden. *Entscheidungen* über ökologisch destruktiven Luxuskonsum lägen bei kleinen Minderheiten. Wenig mehr als 1.000 transnationale Konzerne *entscheiden* über das *Was*, das *Wie* und das *Wozu* von Güter- und Dienstleistungsproduktion. Klaus Dörre erklärt, dass Produkt- und Produktionsent-

scheidungen, die in den imperialen Machtzentren fallen, sich kaum oder gar nicht über das Konsumentenverhalten beeinflussen lassen. In den rivalisierenden Imperien bestimmen in erster Linie die Repräsentanten von mächtigen Staaten und großen Unternehmen, wie die Weichen bei Produktion und Konsum gestellt werden. Abfall und Müll werden primär innerhalb des Wirtschaftssystems und nur in zweiter Linie über den Konsum erzeugt. Für den Energiebedarf und die Ressourcennutzung gilt Ähnliches. Auch drehen sich Welthandel und internationale Wirtschaftsverflechtungen weniger um Kundenbedürfnisse als um gewinnbringende Produktion und entsprechenden Absatz. Die großen inter- und transnationalen Konzerne üben *Produzentsouveränität* aus und beherrschen mit ihr – häufig im Bündnis auch mit Eliten aus Ländern des Globalen Südens – sowohl die Produktion als auch den Konsum. Dem entgegen muss die Produktion demokratisiert und am Gemeinwohl und den natürlichen Lebensgrundlagen orientiert werden, wie in diesem Abschnitt (3.2.3) beschrieben.

3.3 Gemeinwohlökonomie (Heinz Backes)

Die Gemeinwohlökonomie (GWÖ) versteht sich als eine Alternative unter vielen, um das kapitalistische Wirtschaftssystem zu reformieren oder sogar zu überwinden. Sie wurde als neuer Denkansatz von Christian Felber entwickelt und startete 2010 von Österreich, Bayern und Südtirol aus als Reformbewegung und eine Antwort auf die Krisen des Kapitalismus. Sie hat das Ziel, das Wirtschaften grundlegend auf das demokratisch definierte Gemeinwohl auszurichten. Die GWÖ beschreibt die Grenzen des jetzigen kapitalistischen Wirtschaftens und setzt Maßstäbe für ein der Menschenwürde und der ökologischen Begrenzung angepasstes Wirtschaftssystem. Felber fordert eine Ökonomie, die ein gutes Leben und eine gute Lebensqualität für alle Menschen garantiert. Als lernendes System, das nicht in sich abgeschlossen ist, kann es mit anderen alternativen Modellen bereichert werden. Die GWÖ wird beschrieben als ein Wirtschaftssystem, das aufbaut auf Gemeinwohl fördernden Werten, und versteht sich als Veränderungshebel auf wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Ebene. Die Wirtschaft soll dem Gemeinwohl dienen und nicht mehr der Geldvermehrung um ihrer selbst willen.⁵¹

»Hinter der Gemeinwohl-Ökonomie steht die Überzeugung, dass die drängenden Herausforderungen unserer Zeit – von der Ressourcenknappheit über die Klimakrise, vom Verlust der Artenvielfalt bis hin zur größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich – Folgen des Kapitalismus sind und nur ganzheitlich und systemisch zu lösen sind.«⁵² Deshalb will die GWÖ ein ethisches Wirtschaftsmodell etablieren, das das Wohl von Menschen und Umwelt zum obersten Ziel des Wirtschaftens macht.

»Aktuell umfasst die Bewegung weltweit 11.000 Unterstützer*innen, rund 5.000 Mitglieder in über 170 Regionalgruppen, 35 GWÖ-Vereine, über 1000 bilanzierte Unternehmen und andere Organisationen, knapp 60 Gemeinden und Städte sowie 200 Hochschulen weltweit, die die Vision der Gemeinwohl-Ökonomie verbreiten, umsetzen und weiterentwickeln.«⁵³ Zentrales Medium zur Umsetzung der GWÖ-Ziele ist die Gemeinwohlbilanz. Sie kann als Herzstück der GWÖ bezeichnet werden.

3.3.1 Gemeinwohlmatrix und Gemeinwohlbilanz

Mit der Erstellung einer Gemeinwohlbilanz auf der Grundlage der Gemeinwohlmatrix entscheiden sich die Akteure, die klassischen kapitalistischen Werte der Wirtschaft wie hemmungslose Kapitalvermehrung und Konkurrenz zu überwinden und stattdessen neue Maßstäbe zu setzen, die da lauten: Vertrauensbildung, Kooperation, Solidarität und Teilen. Die bisherige Hauptbilanz,

die in Unternehmen rechtlich erforderlich ist, wird zu einer Nebenbilanz. Die Gemeinwohbilanz setzt bei den Werten der Menschenwürde, der Solidarität, der ökologischen Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit, Demokratie, Mitbestimmung und Transparenz an. Diese Werte werden in Bezug zu den Berührungsgruppen gesetzt: Lieferant*innen, Geldgeber*innen, Mitarbeiter*innen (einschl. Eigentümer*innen), Kund*innen, Produkte, Dienstleistungen, Mitunternehmen, dem gesellschaftlichen Umfeld. Neben Positivkriterien wird auch ein Blick auf die Negativkriterien, z. B. die Verletzung von Menschenrechten, Verstöße gegen Umweltauflagen, Ungleichbezahlung, Verhinderung von Mitbestimmung geworfen.

Zertifizierte Gemeinwohlerater*innen unterstützen und begleiten die Erstellung einer solchen Bilanz mit abschließender Zertifizierung. Die Gemeinwohbilanz muss in bestimmten zeitlichen Abläufen überprüft werden.

GEMEINWOHL-MATRIX 5.0



WERT BERÜHRUNGSGRUPPE	MENSCHENWÜRDE	SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG
A: LIEFERANT*INNEN	A1 Menschenwürde in der Zulieferkette	A2 Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette	A3 Ökologische Nachhaltigkeit in der Zulieferkette	A4 Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette
B: EIGENTÜMER*INNEN & FINANZ-PARTNER*INNEN	B1 Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B2 Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B3 Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	B4 Eigentum und Mitentscheidung
C: MITARBEITENDE	C1 Menschenwürde am Arbeitsplatz	C2 Ausgestaltung der Arbeitsverträge	C3 Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden	C4 Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz
D: KUND*INNEN & MITUNTERNEHMEN	D1 Ethische Kund*innenbeziehungen	D2 Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmen	D3 Ökologische Auswirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen	D4 Kund*innen-Mitwirkung und Produkttransparenz
E: GESELLSCHAFTLICHES UMFELD	E1 Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	E2 Beitrag zum Gemeinwesen	E3 Reduktion ökologischer Auswirkungen	E4 Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung

Gemeinwohl-Ökonomie: www.ecogood.org



3.3.2 Die Gemeinwohlökonomie – ein Schritt in ein nachhaltiges und gerechtes Wirtschaften?

Die GWÖ und die damit verbundene Matrix zur Erstellung einer Gemeinwohbilanz bilden ein neues Bewertungssystem für ein gerechteres wirtschaftliches Handeln. Veränderungen in der Anreizstruktur (z. B. Gemeinwohl statt Profitmaximierung) sollen zu einem generellen Paradigmenwechsel und damit zu einem grundlegenden Wandel des Wirtschaftssystems führen. Das politische Werben für die Gemeinwohlökonomie läuft auf verschiedenen nationalen und internationalen Ebenen. Derzeit gibt es für Unternehmen der GWÖ – außer einer positiven Selbstdarstellung für das eigene Unternehmen und dem Zugehörigkeitsgefühl zu einem Netzwerk, das

Wirtschaft anders gestaltet – noch keine nennenswerten Vorteile. Die Verfechter der GWÖ gehen davon aus, dass es schon heute genügend Instrumente (z. B. niedrigere Steuer- und Zollsätze, günstigere Kredite, geförderte Forschungs Kooperationen mit Hochschulen) zur Unterstützung von Gemeinwohlunternehmen geben könnte, wenn dies politisch gewollt wäre.

In den letzten Jahren hat das Thema GWÖ Eingang in Vorlesungen und Seminaren an Hochschulen gefunden und zeigt erste Auswirkungen in der praktischen Anwendung. Der Volksverein Mönchengladbach gGmbH hat sich mit Hilfe von angehenden Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern – nach den Vorgaben der Gemeinwohlökonomie – prüfen lassen. Die gGmbH ist zwar nicht zertifiziert, arbeitet jedoch auf Grundlage der erstellten Bilanz.⁵⁴

Die Kritik, dass Unternehmen, die sich heute der GWÖ anschließen und eine Gemeinwohlbilanz erstellen, eher die Ausnahme bleiben, ist vordergründig betrachtet sicherlich berechtigt. Unbeachtet bleibt dabei, dass die Umsetzung der Idee erst seit gut zehn bis fünfzehn Jahren erfolgt.

In seinem Beitrag »Veränderungen in Sicht? Alternativen im Check: Gemeinwohlökonomie«⁵⁵ setzt sich Dominic Kloos kritisch mit der Gemeinwohlökonomie auseinander. Diese Kritik kann man teilen; allerdings zeigt die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Gemeinwohlökonomie und die Erstellung von Gemeinwohlbilanzen eine wachsende Nachfrage nach Alternativen zum Kapitalismus. Die Gemeinwohlökonomie scheint derzeit für viele eine Alternative zu sein.

3.4 »Commoning« – Wirtschaften jenseits der Tauschlogik (Nicola Rosendahl)

3.4.1 Die Grundidee des Commoning

»Commoning« beschreibt eine Form von Vergesellschaftung, bei der Nutzung und Erhaltung von Ressourcen und Produktion zur Gestaltung der gemeinsamen Lebensbedingungen in Form von inklusiver Kooperation organisiert und verantwortet werden.

Die Grundidee des »Commoning« beruht auf einer gemeinsamen selbstbestimmten Produktion. Im Gegensatz zur konkurrierenden, auf Exklusions- und Tauschlogik⁵⁶ beruhenden Kooperation im Kapitalismus handelt es sich hier um eine gesellschaftlich vermittelte *inklusive* Kooperation, bei der die Bedürfnisbefriedigung der einen auch die Bedürfnisbefriedigung der anderen einschließt. Der dabei entstehende Aufwand zur Befriedigung der Bedürfnisse aller wird entsprechend den jeweiligen Interessen und Fähigkeiten der Menschen verteilt. Die Produktion findet also nicht in Konkurrenz und nicht für einen Markt statt. Die Ergebnisse dieser Kooperation werden in einer Weise verteilt, die alle zufrieden stellt. Die verschiedenen Produkte und Dienstleistungen werden von verschiedenen Projekten hergestellt.

»Commoning« basiert auf *Beiträgen statt auf Tausch*. Menschen produzieren gemeinsam die Produkte, die sie gerne konsumieren möchten, oder beteiligen sich, weil sie zum Erfolg eines Projektes beitragen wollen. Produkte haben einen Gebrauchswert, aber keinen Tauschwert.

»Commoning« beruht auf *Gemeingütern und Besitz statt auf Eigentum*. Die in einer »Commoning-Ökonomie« hergestellten Produkte sind entweder Gemeingüter (Commons) oder Besitz: Gemeingüter sind Ressourcen und Güter, die allen zustehen und die nach selbstbestimmten Regeln gemeinsam oder anteilig genutzt werden; Besitz sind Güter, die ich allein oder mit anderen nutze. Der Besitz ergibt sich ausschließlich aus der Nutzung des Gutes. *Eigentum mit dem Recht auf Verkauf gibt es nicht mehr*.

Bei einer solchen Produktionsweise ist es notwendig, den gesellschaftlichen Bedarf *vor* der Produktion zu erfassen. Es wird also eine permanent aktualisierte gesellschaftliche Bedarfs- und Aufgabenliste benötigt, die sich aus den Wünschen und Möglichkeiten der Beteiligten ergibt. Damit ist die Produktion in der »Commoning-Ökonomie« von Anfang an gesellschaftlich, es findet keine Warenproduktion durch vereinzelte Privatproduzenten statt. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion erweist sich nicht wie beim Markt erst über den Verkauf von Waren (vgl. oben 1.2 Sehen II).

Da diese Produktion ohne Tauschlogik funktioniert, entfällt ein großer Teil des Aufwands, der innerhalb einer Marktgesellschaft zur Abwicklung des Warentausches notwendig ist: Es bräuchte keine Finanzwirtschaft, kein Versicherungswesen, keine Werbeindustrie, keinen Handel. Auch der durch die Verwertungslogik im Kapitalismus entstehende Zwang zur Überflussproduktion würde aufgehoben.

Unter solchen Bedingungen kann selbst organisiertes, solidarisches Leben (Subsistenz) auf einem hohen Produktivitätsniveau (ohne Rückfall in vormoderne Subsistenzweisen) stattfinden. Die Produktion findet nicht »arbeitsteilig« statt, sondern durch die Verteilung des entstehenden Aufwandes nach den Fähigkeiten der Beitragenden und zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse und der aller Anderen. Eine solche Produktionsweise würde also eine tatsächliche Tätigkeitsgesellschaft ermöglichen.

Diese Gesellschaftsform wird auch als »Commonismus« beschrieben.⁵⁷ Für die entsprechende Produktionsweise wird der Begriff »commonsbasierte Peer-Produktion« verwendet. Entstanden ist der Begriff zunächst im Zusammenhang mit digitalen Commons wie Freier Software oder Wikipedia. Er kann aber jede Form der Kooperation beschreiben, bei der Menschen ohne Hierarchie und aus freien Stücken miteinander tätig werden.

Auch heute zeigen viele Formen von ehrenamtlichem Engagement, dass Menschen ohne ökonomischen Zwang und aus eigener Motivation miteinander tätig werden. So verlassen wir uns z. B. bei einer so wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe wie dem Brandschutz in weiten Teilen auf eine solche Form von freiwilliger Organisation.

3.4.2 Der Weg zum »Commonismus«⁵⁸

Die neue freie Gesellschaft des »Commonismus« soll durch Aufhebung der alten kapitalistischen Gesellschaft realisiert werden. »Aufhebung« beinhaltet drei Aspekte: Etwas wird beendet (Abschaffung), etwas soll erhalten bleiben (Bewahrung), und etwas wird auf eine qualitativ neue Stufe gehoben (Entwicklung). Damit wird eine alternative Transformationsperspektive jenseits des Dualismus von Reform oder Revolution sowie einer rein staatlich organisierten Veränderung vorgeschlagen.

Der Prozess der Emanzipation vom Kapitalismus soll sowohl individuell als auch gesellschaftlich und kollektiv sein. Die Keimformen der neuen Gesellschaft müssen bereits in ausreichendem Maße in der alten Gesellschaft vorhanden sein und dabei eine emanzipatorische Potenz enthalten. Sie sind Ausdruck von gewissen Entwicklungswidersprüchen in der alten Gesellschaft (wie z. B. das Abschmelzen der Arbeitssubstanz und die Zerstörung der Naturgrundlagen, s. o. 1.2), die die Suche nach etwas Neuem notwendig macht. Wenn eine Keimform – hier das »Commoning« – sich so weit ausgebildet hat, dass es in der Lage ist, einen Funktionswechsel einzuleiten, ist ein erster Entwicklungsschritt gemacht. Ein zweiter Entwicklungsschritt kann dann erfolgen, wenn die neuen Funktionen sich durchsetzen und dominant werden. Infolge dessen können sich

dann komplett neue Produktions-, Vermittlungs- und Beziehungsweisen mit einer inklusiven Logik entwickeln, womit der Bruch mit der kapitalistischen Form vollzogen wäre.

3.5 Überlegungen und Anfragen zu den Alternativmodellen (Günther Salz)

Mit dem Titel: »Kapitalismus verstehen und überwinden. Ein Diskussionspapier der KAB Deutschlands« wollen die Verfasserin und die Verfasser einen Diskussionsprozess in der KAB Deutschlands anstoßen. Nach der Analyse und Kritik des Kapitalismus wurden im Teil »Handeln« (3.) verschiedene ausgewählte Alternativmodelle vorgestellt, die in der Öffentlichkeit vertreten werden.

Diese können – wie in der Einleitung vorgeschlagen – mit Hilfe von Anfragen an die Modelle diskutiert werden. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf ihr Potential für eine Systemtransformation bzw. die Überwindung des Kapitalismus gelegt werden. Eine Begründung dafür hoffen wir mit dem vorliegenden Text gegeben zu haben. Oder um es mit Erich Fried zu sagen: »Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.«

1. Bearbeiten/verwenden die Alternativmodelle die kritischen Basiskategorien des Kapitalismus (Arbeit, Ware, Wert, Geld, Tausch und Wert-Abspaltung)? Falls ja, in welcher Gründlichkeit? Falls nein, was sagt uns das für eine Beurteilung?
2. Handelt es sich bei diesen Alternativen um Krisenbewältigung, oder enthalten sie einen »utopischen Überschuss«?
3. Wo würden wir die Alternativen auf einer Skala zwischen 1 und 10 (1: reine Symptombehandlung; 10: Überwindung der kapitalistischen Totalität) einordnen?
4. Welche Alternativen sind am ehesten geeignet, das Prinzip der Profitmaximierung zu überwinden?
5. Welcher Ansatz ist am ehesten umsetzbar?
6. Wo erwarten wir die größten Widerstände?
7. Wie beurteilen wir die Ansätze unter Berücksichtigung der biblischen Kritik und der kirchlichen Sozialaussagen?
8. Wie kann die Spannung zwischen Tagespolitik und Systemkritik aufgelöst werden?
9. Wer sollen die Subjekte der Veränderung sein?

Anmerkungen

¹ Vgl. KAB-Beschluss 2021 »WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär«, Präambel (https://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/Downloads_pdf/Beschluss_wertvoll_arbeiten_broschuere.pdf; eingesehen 28.04.2023).

² https://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/KAB_Intern/Reorganisation/PG_Selbstverstaendnis/Selbstverstaendnis-der-KAB-in-Deutschland.pdf; eingesehen 28.04.2023).

³ Näheres unter Sehen II.

⁴ Der Begriff »Kapitalismus« wird abgeleitet vom lateinischen Wort »caput«, »Haupt«. Deshalb ist im Kapitalismus das Kapital die Hauptsache, nicht der Mensch.

⁵ Vgl. Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) (Hg.), Arbeit. Macht. Sinn. Beschluss des 16. Bundesverbandstages der KAB Deutschlands vom 26. – 28. Mai 2017 in Krefeld, Köln 2018, Präambel: Was übt Herrschaft über uns alle aus? (https://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/Downloads_pdf/leit-antrag/Beschluss_Leitantrag_01_09_2017.pdf; eingesehen 28.04.2023).

⁶ Marx-Engels-Werkausgabe (MEW) 23, Berlin 1962, S. 61.

⁷ MEW 23, S. 58.

⁸ MEW 23, S. 52.

⁹ MEW 23, S. 168f.

¹⁰ In der Selbstbewegung des Werts bzw. des Geldes liegt der materielle Grund für die Kritik des Papstes am Fetischismus des Geldes und an einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne menschliches Ziel. Vgl. den Abschnitt zur Kapitalismuskritik von Papst Franziskus (2.2).

¹¹ Vgl. Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) (Hg.), Arbeit. Macht. Sinn, a.a.O, Abschnitt »Handeln«.

¹² Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie 1857-1858, MEW 42, Berlin 1983, S. 19-875, 601.

¹³ Ton Veerkamp, Die Welt anders. Politische Geschichte der Großen Erzählung, Berliner Beiträge zur kritischen Theorie 13, Berlin 2016.

¹⁴ Vgl. Ansgar Moenikes, Der sozial-egalitäre Impetus der Bibel Jesu und das Liebesgebot als Quintessenz der Tora, Würzburg 2007.

¹⁵ Wie Dtn 15,12 zeigt, ist in der »Bruder«-Ethik des Dtn die Schwester mitgemeint.

¹⁶ So gehen die entsprechenden Bestimmungen im Codex Hammurapi (vgl. §§ 42ff.178 u. a.) wie selbstverständlich von der Rechtmäßigkeit des Pachtzinsnehmens aus. In der Tora finden sich keine Regelungen zur Pacht.

¹⁷ Carsten Jochum-Bortfeld – Rainer Kessler, Wirtschaftsrecht, in: Frank Crüsemann u. a. (Hg.), Sozialgeschichtliches Wörterbuch zur Bibel, Gütersloh 2009, S. 658-662, 661f.

¹⁸ Karl Marx, Das Kapital 3, MEW 25, S. 784.

¹⁹ Natürlich kennt die alttestamentliche Weisheit auch eine andere Ursache von Armut: die Faulheit, den Müßiggang (Spr 6,6-11; 10,4; 24,30-34; vgl. 13,4; 21,25; Koh 10,18). Wie relativer Reichtum kann also auch Faulheit Armut hervorrufen. In diesem Beitrag soll jedoch allein der relative Reichtum Thema sein.

²⁰ In Gen 37,26; Mal 3,14; Hiob 22,3 und Ps 30,10 begegnet $\text{בַצַּב} \text{ } b\check{a}\check{s}\check{s}a'$ im übertragenen Sinn von »Vorteil« (etwa: »Was haben wir / hat er [u. s. w.] davon / was wäre gewonnen, wenn ...?«), und in Ri 5,19 bezeichnet $\text{בַצַּב} \text{ } b\check{a}\check{s}\check{s}a'$ Silber als Kriegsbeute (ähnlich in Mi 4,13), die die Aggressoren gegen Israel nicht erlangen konnten.– Häufig wird $\text{בַצַּב} \text{ } b\check{a}\check{s}\check{s}a'$ mit »Raub« übersetzt, was jedoch nicht korrekt ist. Die Übersetzung mit »ungerechter Gewinn« o. ä. ist nur zulässig, wenn sie nicht fälschlicherweise suggeriert, dass es in der Bibel die Vorstellung eines »gerechten Gewinns/Profits« gibt.

²¹ [...] omnes enim divitiae de iniquitate descendunt, et nisi alter perdidit, alter non potest invenire: Hieronymus, Ep. CXX,1.

- ²² [...] omnis enim dives aut iniquus aut heres iniqui est: Hieronymus, Hab. II,3,7 u. ö.
- ²³ Vgl. dazu Rainer Kessler, *Der Weg zum Leben. Ethik des Alten Testaments*, Gütersloh 2017, S. 158-161.
- ²⁴ Ansprache an die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschafter vom 16. Mai 2013.
- ²⁵ Papst Franziskus, *Apostolisches Schreiben Evangelii gaudium*, Rom 2013, Ziff. 54. (https://www.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.html#Nein_zu_einer_Wirtschaft_der_Ausschließung; eingesehen 28.04.2023).).
- ²⁶ Ebd.
- ²⁷ Ebd., Ziff. 55.
- ²⁸ Papst Franziskus, *Ansprache zur Teilnahme am Welttreffen der Volksbewegungen. Messegelände »Expo Feria«*, Santa Cruz de la Sierra, 09.07.2015, in: Benedikt Kern, *Radikal Welt verändern. Papst Franziskus und die sozialen Bewegungen*, Münster 2018, S. 210.
- ²⁹ Papst Franziskus auf dem III. Welttreffen der sozialen Bewegungen vom 02. - 05. November 2016 in Rom.
- ³⁰ Papst Franziskus, *Apostolisches Schreiben Evangelii gaudium*, Rom 2013, Ziff. 53.
- ³¹ KAB Trier (siehe: www.kab-trier.de/fordern/kapitalismuskritik) und KAB Paderborn (siehe: www.kab-paderborn.de/themen/systemkritik).
- ³² Vgl. Michael Schäfers, *Von der Arbeit zur Tätigkeit. Zeitdiagnosen und Wege wider die Resignation*, Münster, Hamburg, London 2001.
- ³³ Vgl. Rainer Mausfeld, *Angst und Macht. Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien*, Frankfurt a. M. 2019.
- ³⁴ Vgl. Ulrich Beck, *Die Metamorphose der Welt*, Berlin 2017.
- ³⁵ Noam Chomsky – Marv Waterstone, *Konsequenzen des Kapitalismus. Der lange Weg von der Unzufriedenheit zum Widerstand*, Frankfurt a. M. 2022.
- ³⁶ Vgl. Wolfgang Martynkewicz, *Das Zeitalter der Erschöpfung. Die Überforderung des Menschen durch die Moderne*, Berlin 2013; vgl. auch Sara Weber, *Die Welt geht unter, und ich muss trotzdem arbeiten*, Köln 2023.
- ³⁷ Vgl. Rutger Bregman, *Utopien für Realisten. Die Zeit ist reif für die 15-Stunden-Woche, offene Grenzen und das bedingungslose Grundeinkommen*, Reinbek bei Hamburg 2021.
- ³⁸ Papst Franziskus, *Enzyklika Laudato si'.* Über die Sorge für das gemeinsame Haus, Rom 2015, S. 216-221.
- ³⁹ Greta Thunberg, *Ich will, dass ihr in Panik geratet. Meine Reden zum Klimaschutz*, Frankfurt a. M. 2019, S. 64.
- ⁴⁰ Vgl. Amelia Horgan, *Lost in Work. Dem Kapitalismus entkommen*, Zürich 2022.
- ⁴¹ Zitiert nach: Horst Kern – Michael Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung. Rationalisierung in der industriellen Produktion*, München 1984, S. 326.
- ⁴² Vgl. Smail Rasic (Hg.), *Jenseits des Kapitalismus*, Baden-Baden 2020.
- ⁴³ Vgl. Mirela Ivanova, Helene Thaa, Oliver Nachtwey (Hg.), *Kapitalismus und Kapitalismuskritik*, Frankfurt a. M. 2022.
- ⁴⁴ Vgl. Sandrine Dixson-Declève (u.a.), *Earth of all. Ein Survivalguide für unseren Planeten. Der neue Bericht an den Club of Rome, 50 Jahre nach »Die Grenzen des Wachstums«*, München 2022.
- ⁴⁵ Vgl. *Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) (Hg.), Arbeit. Macht. Sinn, a.a.O*, Ziff. 13.
- ⁴⁶ Vgl. ebd., Ziff. 1.
- ⁴⁷ Vgl. Papst Franziskus, *Enzyklika Laudato si', a.a.O.*, Ziff. 13-15.
- ⁴⁸ Ebd., Ziff. 18.
- ⁴⁹ Vgl. Hans Joachim Rieseberg, *Arbeit bis zum Untergang. Die Geschichte der Naturzerstörung durch Arbeit*, München 1992.

⁵⁰ Vgl. David Graeber, Bullshitjobs. Vom wahren Sinn der Arbeit, Stuttgart 2018; Jan Stremmel, Drecksarbeit. Geschichten aus dem Maschinenraum unseres bequemen Lebens, München 2021.

⁵¹ Christian Felber, Gemeinwohlökonomie. Eine demokratische Alternative wächst, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Wien 2012.

⁵² <https://germany.ecogood.org/>; eingesehen 30.11.2022.

⁵³ <https://germany.ecogood.org/>; eingesehen 30.11.2022.

⁵⁴ Vgl. <https://www.volksverein.de/wir-ueber-uns/downloads/>; eingesehen 30.11.2022.

⁵⁵ Dominic Kloos, Veränderungen in Sicht? Alternativen im Check: Gemeinwohlökonomie, Theoriezeitschrift EXIT (<https://exit-online.org>), 2019 (<https://exit-online.org/textanz1.php?tabelle=autoren&index=8&posnr=591&backtext1=text1.php>; eingesehen 30.11.2022).

⁵⁶ Friederike Habermann, ausgetauscht! Warum gutes Leben für alle tauschlogikfrei sein muss, Roßdorf 2018.

⁵⁷ Simon Sutterlütti, Stefan Meretz, Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken, Hamburg 2018.

⁵⁸ Vgl. ebd., Kapitel 7: Keimformtheorie.

Redaktioneller Hinweis: Die vollständigen Fassungen der Beiträge von Günther Salz und Helmut Gelhardt können nachgelesen werden auf:
www.kab-trier.de → FORDERN! → Kapitalismuskritik
<https://www.kab-trier.de/fordern/kapitalismuskritik>

Notizen